

## 25 Jahre deutsche Währungsunion: Lehren für Europa?



**Bericht** von Marcel Fratzscher

Lehren aus der deutschen Währungsunion für Europa 623

**Interview** mit Marcel Fratzscher

»Zwischen der DDR im Jahr 1990 und  
Griechenland heute gibt es viele interessante Parallelen« 628

**Bericht** von Karl Brenke

Die deutsch-deutsche Währungsunion:  
ein kritischer Rückblick 629

**Bericht** von Ferdinand Fichtner und Philipp König

Über die Krise zur Einheit?  
25 Jahre monetärer Integrationsprozess in Europa 639

90 Jahre DIW Berlin: Herzlichen Glückwunsch! 650



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
82. Jahrgang  
1. Juli 2015

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Andreas Harasser  
Sebastian Kollmann  
Marie Kristin Marten  
Dr. Wolf-Peter Schill  
Dr. Vanessa von Schlippenbach

#### Lektorat

Karl Brenke  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Dr. Philipp König  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Dr. Katharina Pijnenburg

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

## WOCHENBERICHT DES INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

Herausgeber: Prof. Dr. Ernst Wagemann

1. Jahrgang Berlin, den 4. April 1928 Nummer 1

### Geschäftsgang und Beschäftigungsgrad.

Die wirtschaftliche Tätigkeit hält sich — trotz der auf einzelnen Gebieten eingetretenen jahreszeitlichen Belebung — unter dem im Oktober und November 1927 erreichten Höchststand. Im Februar hat zwar die Beschäftigung gegenüber Ende Januar in den Produktionsmittelindustrien



um 1,7 v. H. und in den Verbrauchsgüterindustrien um 0,6 v. H. zugenommen. Diese Steigerung ist jedoch in der Hauptsache saisonmäßiger Art: Schaltet man die ausgesprochenen Saisongewerbe (Bau- und Bekleidungsgerwerbe) aus, so ergibt sich in den Produktionsmittelindustrien nur eine Steigerung um 0,2 v. H., während sich bei den Verbrauchsgüterindustrien sogar ein Rückgang um 0,4 v. H. zeigt. Die konjunkturellen Veränderungen des Beschäftigungsgrades waren also sehr gering. Auch nach den neuesten Berichten der Landesarbeitsämter scheinen in der Gesamtlage keine wesentlichen konjunkturellen Veränderungen eingetreten zu sein.

Im Vergleich zum Vorjahre war die Zunahme der Beschäftigung im Monat Februar

um etwa die Hälfte geringer: Damals wurde die Saisonbelebung durch den konjunkturellen Aufschwung gefördert; gegenwärtig wird sie durch konjunkturelle Rückgänge auf verschiedenen Gebieten gehemmt. Teilweise hat auch die ungünstige Witterung im Februar die Beschäftigungsmöglichkeit in den Außenberufen, namentlich im Baugewerbe, beeinflußt. Daneben wirkten die Schwierigkeiten der Baufinanzierung hemmend auf die Bautätigkeit.

Die Zahl der im Dezember und Januar erteilten Bauerlaubnisse (die für die Inangriffnahme neuer Bauten in den ersten Monaten des Jahres große Bedeutung hat) ist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres für Wohnbauten um 9,8 v. H. und für gewerbliche und öffentliche Bauten um 8,0 v. H. zurückgegangen. Wenn dagegen die Beschäftigung im Baugewerbe gegenwärtig noch höher ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres, so dürfte dies damit zusammenhängen, daß noch eine große Zahl von Bauten, die im Vorjahre begonnen wurden, zu vollenden ist.

Der Auftragsengang hat sich in den letzten Monaten nicht wesentlich verändert. Er ist zwar erheblich geringer als im April 1927, bewegt sich aber dennoch über dem Stande der entsprechenden Monate des Vorjahres. Obwohl — wie aus den Berichten der Handelskammern und verschiedenen Geschäftsberichten zu entnehmen ist — neuerdings der Auftragsbestand infolge der jahreszeitlichen Geschäftsbelebung teilweise wieder etwas zugenommen hat, dürfte doch der Auftragsbestand gegenwärtig erheblich geringer sein als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Die wirtschaftliche Tätigkeit hält sich — trotz der auf einzelnen Gebieten eingetretenen jahreszeitlichen Belebung — unter dem im Oktober und November 1927 erreichten Höchststand. Im Februar hat zwar die Beschäftigung gegenüber Ende Januar in den Produktionsmittelindustrien um 1,7 v. H. und in den Verbrauchsgüterindustrien um 0,6 v. H. zugenommen. Diese Steigerung ist jedoch in der Hauptsache saisonmäßiger Art: Schaltet man die ausgesprochenen Saisongewerbe (Bau- und Bekleidungsgerwerbe) aus, so ergibt sich in den Produktionsmittelindustrien nur eine Steigerung um 0,2 v. H., während sich bei den Verbrauchsgüterindustrien sogar ein Rückgang um 0,4 v. H. zeigt. Die konjunkturellen Veränderungen des Beschäftigungsgrades waren also sehr gering. Auch nach den neuesten Berichten der Landesarbeitsämter scheinen in der Gesamtlage keine wesentlichen konjunkturellen Veränderungen eingetreten zu sein.

Im Vergleich zum Vorjahre war die Zunahme der Beschäftigung im Monat Februar um etwa die Hälfte geringer: Damals wurde die Saisonbelebung durch den konjunkturellen Aufschwung gefördert; gegenwärtig wird sie durch konjunkturelle Rückgänge auf verschiedenen Gebieten gehemmt. Teilweise hat auch die ungünstige Witterung im Februar die Beschäftigungsmöglichkeit in den Außenberufen, namentlich im Baugewerbe, beeinflußt. Daneben wirkten die Schwierigkeiten der Baufinanzierung hemmend auf die Bautätigkeit.

Die Zahl der im Dezember und Januar erteilten Bauerlaubnisse (die für die Inangriffnahme neuer Bauten in den ersten Monaten des Jahres große Bedeutung hat) ist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres für Wohnbauten um 9,8 v. H. und für gewerbliche und öffentliche Bauten um 8,0 v. H. zurückgegangen. Wenn dagegen die Beschäftigung im Baugewerbe gegenwärtig noch höher ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres, so dürfte dies damit zusammenhängen, daß noch eine große Zahl von Bauten, die im Vorjahre begonnen wurden, zu vollenden ist.

aus dem Wochenbericht Nr. 1 vom 4. April 1928

# Lehren aus der deutschen Währungsunion für Europa

Von Marcel Fratzscher

Vor genau 25 Jahren, am 1. Juli 1990, trat die deutsche Währungsunion in Kraft. Am selben Tag wurde mit der Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen in Europa die Grundlage für die europäische Währungsunion und den Euro geschaffen. Diese beiden historischen Ereignisse haben Deutschland und Europa grundlegend verändert. Sowohl die deutsche Währungsunion als auch die europäische Währungsunion wurden und werden noch heute heftig kritisiert und diskutiert. War die Ausgestaltung der deutschen Währungsunion falsch? Ist die Einführung des Euro ein Fehler gewesen? Gerade für die Lösung der derzeitigen europäischen Krise ist es wichtig zu verstehen, welche Lehren wir aus der deutschen Währungsunion für Europa ziehen können.

Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990 kam überraschend und wurde sehr schnell umgesetzt. Selbst nachdem die letzten Wahlen der DDR und die Ereignisse vom März 1990 auf eine Wiedervereinigung hindeuteten, standen viele Ökonomen und Politiker einer deutschen Währungsunion sehr kritisch gegenüber. Mit der DDR und der BRD sollten zwei Länder mit völlig unterschiedlichen politischen Systemen und wirtschaftlichen Strukturen vereint werden. Ein Ansatz, der von vielen im Jahr 1990 bevorzugt wurde, war eine nur graduelle wirtschaftliche Vereinigung. Dadurch sollten Verwerfungen mit hoher Arbeitslosigkeit und großer sozialer Unsicherheit so gering wie möglich gehalten werden.

Es kam jedoch anders. Der Druck der Politik und vieler DDR-Bürger führte zu der Entscheidung, die deutsche Währungsunion bereits am 1. Juli 1990 einzuführen. Auch der Umtauschkurs der Mark der DDR zur D-Mark von durchschnittlich 1,6 zu 1 führte zu heftigen Kontroversen in der Politik, bei Ökonomen und auch zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbank. Wie auch der Beitrag von Karl Brenke in dieser Ausgabe illustriert, wollte die Politik mit der schnellen Umsetzung die massive Abwanderung von DDR-Bürgern stoppen, vor allem aber angesichts einer labilen außenwirtschaftlichen Lage rasch und unumkehrbar die deutsche Vereinigung erreichen.

Es besteht heute ein breiter Konsens darüber, dass diese Gestaltung der deutschen Währungsunion zu einem schnellen Zusammenbruch der wirtschaftlichen Strukturen der DDR beitrug. Viele DDR-Unternehmen konnten nach der wirtschaftlichen Öffnung nicht mit westlichen Unternehmen konkurrieren; ihre Produktionskosten in D-Mark stiegen enorm. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Ostdeutschland nahmen rapide zu, viele Menschen mussten sich eine neue Lebensgrundlage aufbauen. Das Versprechen „blühende Landschaften“ innerhalb weniger Jahre in Ostdeutschland zu schaffen, erwies sich als Illusion.

Dieser schmerzvolle und schwierige Anpassungsprozess Ostdeutschlands ist jedoch per se kein Beleg dafür, dass die deutsche Währungsunion zu schnell und zum falschen Umrechnungskurs stattfand. Die relevante Frage ist vielmehr, ob der Anpassungsprozess mit einer anderen Ausgestaltung der Währungsunion erfolgreicher und reibungsloser hätte gelingen können. Die Antwort auf diese Frage ist ein klares „Nein“.

Der entscheidende Punkt ist, dass die Strukturen der DDR-Wirtschaft ohnehin keine Überlebenschance gehabt hätten – und so war es letztlich nur eine Frage der Zeit, wie schnell diese zusammenbrechen und durch etwas Neues ersetzt würden. Wer hätte (bei aller Nostalgie) im Jahr 1990 noch einen Trabi kaufen wollen, selbst wenn der Preis – durch einen anderen Umrechnungskurs der deutschen Währungsunion – nur die Hälfte betragen hätte?

Der starke Umrechnungskurs der Mark der DDR zur D-Mark hatte zudem den Vorteil, dass er vielen Bürgern in Ostdeutschland ein D-Mark-Vermögen verschaffte, das ihnen half die sozialen Härten und hohe Unsicherheit abzumildern und den privaten Konsum in den ersten Jahren deutlich zu stützen. Davon profitierte – neben den westdeutschen Produzenten von Konsumgütern – auch die ostdeutsche Wirtschaft, denn viele Güter, zum Beispiel die meisten Dienstleistungen, sind nur regional handelbar.

So gab es bis Ende der 90er Jahre einen merklichen Aufholprozess Ostdeutschlands, durch den viele Menschen wieder in Arbeit gebracht werden konnten. Das verfügbare Einkommen je Einwohner wuchs in Ostdeutschland auf 82 Prozent des westdeutschen Niveaus. Auch wenn der Konvergenzprozess seitdem stockt, wäre es unangemessen, eine vollkommene Gleichheit von Einkommen und Produktivität über verschiedene Regionen hinweg zu erwarten. Auch in Westdeutschland existieren nach wie vor große regionale Unterschiede, die sich zwischen Nord- und Süddeutschland in den vergangenen Jahren zum Teil noch vergrößert haben. Auch in Ostdeutschland gibt es Regionen, zum Beispiel Leipzig, Dresden und Berlin, die klare Stärken in einzelnen Wirtschaftsbereichen haben und nicht nur in Deutschland, sondern international führend sind.

Insgesamt ist die deutsche Währungsunion eine Erfolgsgeschichte. Es war richtig, sie schnell umzusetzen, denn die existierenden Wirtschaftsstrukturen der DDR konnten nicht gerettet werden. Und es war richtig, einen relativ hohen Umrechnungskurs festzulegen. Letztlich bedeutete dies einen massiven fiskalischen Transfer von Westdeutschland nach Ostdeutschland. Auf diese Weise wurde die Nachfrage in Ostdeutschland gestützt und ein wichtiger Stabilitätsanker geschaffen.

Die DDR im Jahr 1990 ist in vielerlei Hinsicht vergleichbar mit Griechenland heute. Die zwei Hauptprobleme beider Länder waren/sind die ineffizienten staatlichen Institutionen und eine Wirtschaftsstruktur, die im internationalen Wettbewerb nicht überlebensfähig war beziehungsweise ist. In der DDR wurde das erste der beiden Probleme durch die Wiedervereinigung gelöst, indem die institutionellen Strukturen Westdeutschlands übertragen wurden.

Eine weitere, wichtige Gemeinsamkeit zwischen der DDR damals und Griechenland heute war die Forderung der großen Mehrheit der Bürger nach der gemeinsamen Währung. Die DDR-Bürger damals wollten so schnell wie möglich die D-Mark. Entsprechendes gilt für die griechischen Bürger heute: Über 70 Prozent wollen den Euro behalten und nicht wieder zu einer nationalen Währung zurückkehren.

Allerdings gibt es eine weitere Gemeinsamkeit – die unrealistischen und widersprüchlichen Versprechungen der Politik, die den Menschen suggerieren, man könne in wenigen Jahren „blühende Landschaften“ schaffen ohne schmerzvolle Reformen im Land durchführen zu müssen. In diesen Wahlversprechen unterscheidet sich die Bundesregierung im Jahr 1990 wenig von der griechischen Regierung heute.

Ein wichtiger Unterschied ist aber, dass die deutsche Währungsunion mit einer Fiskalunion und hohen finanziellen Transfers von Westdeutschland nach Ostdeutschland – nach DIW-Berechnungen ungefähr 1500 Milliarden Euro – einherging, wogegen solche fiskalischen Transfers innerhalb der Eurozone sehr viel geringer sind. Diese deutsch-deutschen Transfers haben sicherlich eine ganz wichtige Rolle für den Aufbau Ost gespielt. Es wäre jedoch falsch, die Nutznießer der innerdeutschen Transfers nur in Ostdeutschland zu suchen. Denn es waren hauptsächlich westdeutsche Unternehmen, die von diesen Transferzahlungen profitierten und durch die hohe Investitionsförderung ihre Wettbewerbsfähigkeit innerhalb Deutschlands und international stärken konnten. Diese Transfers sollten daher nicht nur als solche von West nach Ost, sondern auch als Transfers von Steuerzahlern zu Unternehmen gesehen werden.

Im Gegensatz zur DDR im Jahr 1990 hat Griechenland die Option eines graduellen Anpassungsprozesses gewählt. Institutionelle Reformen in Griechenland fanden in den Jahrzehnten vor dem Beitritt zur Währungsunion im Jahr 2001 kaum statt. Erst seit der Einführung des Euro und durch die beiden Hilfsprogramme der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds seit 2010 werden institutionelle Reformen angestoßen. Bezüglich der Verbesserung der staatlichen Institutio-

nen, bewirkte die Wiedervereinigung für die DDR im Prinzip das, was die europäische Integration heute für Griechenland bedeutet – in Griechenland geht dieser Prozess nur sehr viel langsamer vonstatten.

Was die Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Strukturen betrifft, hat Griechenland den größten Teil des Anpassungsprozesses noch vor sich. Griechenlands Problem liegt – ähnlich wie bei der DDR – weniger darin, dass seine Güter und Dienstleistungen international eine Nachfrage hätten, aber zu teuer wären. Vielmehr fehlen Griechenland – abgesehen vom Tourismus – schlicht die Produkte und Leistungen, die international nachgefragt werden. Deshalb würde Griechenland eine schwächere Währung heute wenig helfen.

Dies zeigt, dass für Griechenland nicht der Euro das Problem ist. Ein Grexit, ein Austritt aus dem Euroraum und eine Abwertung der neuen Währung, würde deshalb keines der beiden Hauptprobleme Griechenlands lösen. Im Gegenteil: Ein Grexit würde zur Zahlungsunfähigkeit des griechischen Staates und auch vieler Unternehmen und Bürger führen. Er würde einen Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft verursachen, mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und großen sozialen Verwerfungen. Er würde somit die dringend notwendigen Reformen der staatlichen Institutionen Griechenlands nicht leichter, sondern deutlich schwerer machen. Und ein Grexit würde nicht zur wirtschaftlichen Erneuerung des Landes führen, sondern zu vielen weiteren Jahren des wirtschaftlichen Verfalls.

Mancher Euro-Kritiker führt an, die Eurozone sei kein „optimaler Währungsraum“ und somit könne der Euro für seine 19 sehr unterschiedlichen Länder nicht funktionieren. Dieses Argument ist falsch, denn zum einen gibt es einen optimalen Währungsraum nicht – nach dieser Logik hätte eine deutsch-deutsche Währungsunion nie stattfinden dürfen, denn DDR und BRD im Jahr 1990 waren wirtschaftlich viel unterschiedlicher als die 19 Länder der Eurozone heute.

Ein zweiter Punkt von Euro-Kritikern ist, dass eine gemeinsame Währung nur in einer politischen Union funktionieren kann. Auch dieses Argument ist falsch. Eine gemeinsame Währung setzt einen wirtschaftlichen Konvergenzprozess und eine enge wirtschaftspolitische Koordinierung mit gemeinsamen Regeln voraus. Dies erfordert jedoch nicht einen starken Zentralismus, bei dem auf nur einer politischen Ebene wirtschaftspolitisch relevante Entscheidungen getroffen werden. Gerade Deutschland mit seinen starken föderalen Strukturen unterstreicht, wie wichtig das Prinzip der Subsidiarität ist, also dass Entscheidungen, soweit es geht, bei und von den Menschen getroffen werden, die davon betroffen sind.

Ein dritter Punkt – vor allem von deutschen Euro-Kritikern – ist, dass andere Europäer sich nicht an die gemeinsamen Regeln halten, und deshalb eine gemeinsame Währung nicht funktionieren kann. Auch dieses Argument ist nicht überzeugend. Natürlich ist es in einer Währungsunion wichtig, gemeinsame Regeln zu entwickeln und sie auch umzusetzen. Die stringente Schlussfolgerung ist jedoch, einen Mechanismus zu schaffen, wie Regeln bindend gemacht werden, und nicht eine Währungsunion abzuschaffen.

Das Argument ist zudem fragwürdig, denn viele deutsche Euro-Kritiker tun so, als seien es nur Südeuropäer, die sich nicht an die gemeinsamen Regeln halten. Zum einen war es Deutschland, das als eines der ersten Länder 2003 den Stabilitäts- und Wachstumspakt brach. Zum anderen werden auch in Deutschlands Föderalismus gemeinsame Regeln häufig umgangen und gebrochen. Man denke nur an die Vereinbarungen des Solidarpakts II, wonach die den Ländern zufließenden Mittel ausschließlich für Investitionen verwendet werden sollten. Bis auf Sachsen hat sich kein Land daran gehalten. Überdies ist ein Teil der deutschen Bundesländer, wie Berlin, Bremen oder das Saarland, und zahlreiche Kommunen heute viel stärker verschuldet, als dies ursprünglich geplant und geregelt war. Kaum jemand würde jedoch die deutsche Währungsunion hinterfragen, weil der Föderalismus Deutschlands nicht immer reibungslos funktioniert und gemeinsame Regeln nicht immer eingehalten werden.

Das Gleiche gilt für die Eurozone und den Euro. Eine nachhaltige und erfolgreiche gemeinsame Währung erfordert keine Zentralisierung und politische Union, sondern lediglich eine enge wirtschaftspolitische Koordinierung mit stringenten gemeinsamen Regeln. Dabei müssen zwei Dinge sichergestellt werden: Zum einen muss es einen konjunkturellen Konvergenzprozess innerhalb der Währungsunion geben (ohne eine wirtschaftliche Gleichheit erforderlich zu machen), so dass die Geldpolitik und die andere Wirtschaftspolitik symmetrisch funktionieren können. Zum anderen erfordert eine erfolgreiche Währungsunion ein Verhalten aller wirtschaftspolitischen Akteure, das nicht systematisch auftretende negative Effekte und Kosten (Externalitäten) für andere Mitglieder der Währungsunion verursacht.

Wie müssen eine koordinierte Politik und gemeinsame Regeln für Europa und den Euro aussehen? Sechs Elemente sind von entscheidender Bedeutung: Erstens geht es um die Vollendung und Vertiefung des europäischen Binnenmarktes. Auch wenn es in vielen Bereichen keine formalen Barrieren mehr gibt, muss Europa sehr viel stärker und aktiver die Zusammenarbeit verschiedener regionaler und nationaler Akteure vorantreiben. Eine

wichtige Priorität in diesem Bereich muss in den kommenden Jahren die geplante Kapitalmarktunion sein. Dies erfordert einen Abbau der nationalen Fragmentierung von Finanzmärkten und Finanzinstitutionen, so dass Mittel für Investitionen stärker über nationale Grenzen hinweg fließen können. Dadurch wird die Effizienz erhöht und vor allem werden konzentrierte Risiken reduziert. Dieses Element ist auch von Bedeutung, um Großbritannien in der Europäischen Union zu halten, ein Land das für Deutschland in vielen wirtschaftspolitischen Themen ein wichtiger Partner ist.

Zweitens muss die Bankenunion zu Ende gebracht werden. Europa ist hier bereits auf einem guten Weg, aber noch ist der Abwicklungsmechanismus für insolvente Banken nicht implementiert. Die Bankenunion ist wichtig, damit Finanzinstitutionen europaweit und global agieren können und Risiken nicht nur aus einer nationalen, sondern auch aus einer europäischen Perspektive verstanden und minimiert werden können.

Drittens benötigt die Eurozone eine Fiskalunion mit klaren gemeinsamen Regeln, die letztlich eine Versicherungsunion ist. Um vereinbarte Regeln wie den Fiskalpakt und den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stärken und glaubwürdig zu machen, sollte die Eurozone einen gemeinsamen Finanzminister schaffen, der klare Durchgriffsrechte gegenüber nationalen Budgets in solchen Fällen hat, in denen nationale Regierungen sich nicht an die gemeinsamen Regeln halten. Dies sollte keinesfalls als ein Verlust von Souveränität verstanden werden, sondern lediglich als eine gemeinsame Ausübung fiskalischer Souveränität in extremen Situationen. Auch sollte eine Insolvenzordnung für Staaten eingeführt werden, bei der Staaten in Zukunft keine Hilfen durch die europäischen Rettungsmechanismen bekommen können, ohne dass sich zuerst private Gläubiger mit einem glaubwürdigen und signifikanten „bail-in“ an den Kosten beteiligen.

Eine erfolgreiche Währungsunion muss keine Transferrunion sein. Auch innerhalb von stark föderalen Nationalstaaten wie den USA oder Deutschland ist die Bedeutung von fiskalischen Transfers begrenzt. Jede Währungsunion wird immer große regionale Unterschiede aufweisen, ohne dass deshalb die Sinnhaftigkeit der Union in Frage gestellt werden muss. Vielmehr sollte die Eurozone stärker zu einer Versicherungsunion werden, in der unerwartete positive oder negative Schocks für einzelne Regionen oder Länder durch Marktmechanismen gemeinsam getragen werden. Hierzu sind die Vollendung der Kapitalmarktunion, des Binnenmarktes und der Bankenunion wichtig. Man kann dies auch durch eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung ergänzen und stärken, ohne dass es zu einem dauerhaften Transfermechanismus zwischen Ländern kommen müsste.

Das vierte Element einer nachhaltigen Währungsunion ist eine koordinierte Strukturpolitik, mit dem Ziel, dass auch einzelne Regionen wettbewerbsfähig sind und sich so regionale Unterschiede in Grenzen halten (siehe auch die Vorschläge der fünf europäischen Präsidenten EU-Rat, EU-Kommission, Parlament, Eurogruppe und EZB). Hier ist jedoch große Vorsicht geboten, denn jedes Land hat eigene wirtschaftliche und institutionelle Strukturen, so dass eine einheitliche Strukturpolitik kaum sinnvoll erscheint. Man sollte sich daher auf gemeinsame Ziele hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit einigen – die bereits durch die „Macroeconomic Imbalances Procedure“ der EU existieren – ohne jedoch nationale Unterschiede in den Politikmaßnahmen ausgleichen zu wollen.

Fünftens muss die Geldpolitik wieder unabhängiger agieren können, um sich ausschließlich auf ihr Mandat konzentrieren zu können. Das politische Vakuum in der Fiskalpolitik, Finanzstabilisierung und Strukturpolitik hat während der europäischen Krise dazu geführt, dass die EZB ungewöhnlich viele Aufgaben übernehmen musste und dadurch bis an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit gedrängt wurde. Dies erfordert ein klarer definiertes Mandat für die EZB in den EU-Verträgen, mit einer genauen Festlegung, welche Maßnahmen ihr unter welchen Umständen erlaubt sind.

Als sechstes und letztes Element einer erfolgreichen Währungsunion muss die Legitimation dieser europäischen Integrations Schritte deutlich gestärkt werden. Die europäische Integration darf kein Projekt politischer oder ökonomischer Eliten sein. Es ist vielmehr Aufgabe der Politik, den Dialog mit den Bürgern zu suchen und diese von der Sinnhaftigkeit, den Zielen und den Vorteilen der europäischen Integration und einer erfolgreichen Währungsunion zu überzeugen. Nur dann kann der Integrationsprozess Europas gelingen. Im dritten Artikel dieses Wochenberichts arbeiten Ferdinand Fichtner und Philipp König die Notwendigkeit eines politischen Diskurses über den europäischen Integrationsprozess heraus.

Nach 25 Jahren stellt heute niemand mehr die Sinnhaftigkeit der deutsch-deutschen Währungsunion des 1. Juli 1990 grundsätzlich in Frage. Sie ist eine der wichtigsten Grundlagen für die erfolgreiche Integration von West- und Ostdeutschland und der hohen Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Europa – und gerade Deutschland, als eine der offensten Volkswirtschaften der Welt – profitieren heute genauso von der Europäischen Währungsunion. Wir sind auf einem guten Weg, die Grundlagen für eine nachhaltige Währungsunion zu schaffen, auch wenn uns wichtige Herausforderungen bevorstehen und wir immer wieder Rückschläge hinnehmen müssen, wie die derzeitige Krise in Griechenland zeigt. Die Hoffnung und Erwartung

## DEUTSCHE WÄHRUNGSUNION: LEHREN FÜR EUROPA?

---

tung sind jedoch, dass wir in 25 Jahren die Sinnhaftigkeit und den Nutzen der Europäischen Währungsunion

genauso wenig anzweifeln werden, wie wir das für die deutsche Währungsunion heute tun.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | [mfratzscher@diw.de](mailto:mfratzscher@diw.de)

## LESSONS FOR EUROPE FROM GERMAN MONETARY UNION

---

**Abstract:** Precisely 25 years ago, on July 1, 1990, German monetary union came into force. On the same day, capital controls in Europe were abolished, creating the basis for European monetary union and the euro. These two historical events fundamentally changed Germany and the rest of Europe. Both German and European monetary union

were and still are being heavily criticized and debated. Was the design of German monetary union wrong? Was it a mistake to adopt the euro? Particularly in terms of finding a solution to the current European crisis, it is important to understand what lessons Europe can take from German monetary union.

**JEL:** E42, E58, F15

**Keywords:** German unification, European Currency Union, Greece



Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D., Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

#### VIER FRAGEN AN MARCEL FRATZSCHER

## »Zwischen der DDR im Jahr 1990 und Griechenland heute gibt es viele interessante Parallelen«

1. Herr Fratzscher, vor 25 Jahren, am 1. Juli 1990, trat die deutsche Währungsunion in Kraft. Am gleichen Tag wurde mit der Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen in Europa die Grundlage für die europäische Währungsunion und den Euro geschaffen. Welche Lehren können wir aus der deutschen Währungsunion für Europa ziehen? 1990 kam viel Kritik daran auf, dass man eine Währungsunion so schnell vollzogen hat. Im Nachhinein denke ich, war das richtig, denn letztlich war die gemeinsame D-Mark für die Integration Ostdeutschlands eine ganz wichtige Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Industrien und die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das ist eine der wichtigen Lehren, dass eine gemeinsame Währung einen wichtigen Impetus für stärkere Integration geben kann. Zweitens war es wichtig, diesen Integrationsprozess schnell zu vollziehen. Auch heute fragen wir uns in Europa, ob man wichtige Reformen eher über viele Jahre hinweg oder sehr schnell umsetzen soll. In Ostdeutschland hatte die schnelle Umsetzung Erfolg. Dort hat man in den ersten zehn Jahren stark aufgeholt und ist schnell bis auf 82 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens von Westdeutschland gekommen. Die dritte Lehre ist, dass es in einer Währungsunion immer regionale Unterschiede geben wird. In Europa gibt es große Unterschiede zwischen einzelnen Ländern. Doch trotz einer gemeinsamen starken Währung hatten wir in den 90er Jahren auch in Deutschland riesige Unterschiede, nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern auch zwischen Nord- und Süddeutschland.
2. War oder ist der Euro der Schrittmacher der europäischen Integration? Der Euro kommt zum Teil aus dem Integrationsprozess. Der begann in Europa in den 50er Jahren und war sehr langsam, aber der Euro hat den Prozess der Integration deutlich beschleunigt. Wir haben in Europa jetzt eine Bankenunion und eine gemeinsame Aufsicht von großen Banken. Das wäre ohne den Euro nicht so schnell gekommen. Die Bankenunion hat große Vorteile gebracht, wie auch in andere Maßnahmen, zum Beispiel die Harmonisierung von Industriestandards. Der Euro hat vielen Ländern und gerade Deutschland viele Vorteile gebracht. Deshalb ist die Antwort sowohl als
- auch. Eine gemeinsame Währung kann natürlich nicht am Anfang jeglicher Integration stehen, aber sie kann noch einmal einen Impuls geben und ganz wichtige wirtschaftliche Vorteile schaffen.
3. Die DDR war damals wirtschaftlich nicht überlebensfähig. Kann man da Parallelen zu Griechenland ziehen? Es gibt eine Reihe interessanter Parallelen zwischen der DDR 1990 und Griechenland heute. Diese zwei Länder haben oder hatten keine Institutionen, die funktionierten. Zudem hatten sie keine Wirtschaftsstruktur, die langfristig überlebensfähig war. Interessanterweise gibt es auch die Parallele, dass damals die Politik den Bürgern riesige Versprechungen gemacht hat, die nicht eingehalten werden konnten. Von blühenden Landschaften war damals die Rede. In Ostdeutschland hat es doch deutlich länger gedauert, als das damals versprochen wurde. Das Gleiche tut die griechische Regierung heute. Sie hat das Blaue vom Himmel versprochen, was natürlich nicht einzuhalten ist.
4. Was muss Europa tun, um die Währungsunion zu stabilisieren? Europa braucht keine politische Union, aber wir brauchen Reformen in mehreren Bereichen: erstens die Vollendung der Bankenunion, das heißt gemeinsame Aufsicht und Regulierung von Banken. Da haben wir noch ein kleines Stück vor uns. Zweitens brauchen wir eine Kapitalmarktunion, damit zum Beispiel deutsche Banken Kredite ins Ausland vergeben können oder deutsche Unternehmen auch Kredite aus dem Ausland aufnehmen können. Drittens: Auch bei der Strukturpolitik brauchen wir eine Angleichung, in dem Sinne, dass wir sicherstellen müssen, dass alle Länder eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit haben. Und viertens brauchen wir die Fiskalunion, also gemeinsame bindende Regeln, damit sich alle auch bei der Ausgabenpolitik so verhalten, dass sie keine negativen Effekte auf ihre Nachbarn verursachen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



# Die deutsch-deutsche Währungsunion: ein kritischer Rückblick

Von Karl Brenke

Vor 25 Jahren wurde in der DDR die D-Mark eingeführt. Die Währungsunion erwies sich mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung als ein Desaster. Kurzfristig wurden die wenig produktiven Betriebe der DDR dem freien Handel ausgesetzt; die Industrieproduktion brach in einem Maße zusammen, das historisch ohne Beispiel ist. Aus politischen Gründen war es indes wohl unvermeidlich, die Währungsunion an den Beginn der Systemtransformation zu setzen. Denn es galt, angesichts einer unsicheren außenpolitischen Lage, die Chance der Wiedervereinigung zu nutzen und mit einer gemeinsamen Währung irreversible Fakten zu schaffen. Überdies sollte der massiven Abwanderung aus der DDR entgegnet werden. Allerdings wurde die in der DDR-Bevölkerung verbreitete Illusion gestützt, dass mit einer starken Währung eine rasche Angleichung der Einkommen an das Niveau in der Bundesrepublik möglich wäre. Das hat zu übermäßigen Lohnanhebungen ermuntert, die den Anpassungsschock im Sommer 1990 noch vergrößert und die die wirtschaftliche Erneuerung im Osten erschwert und verteuert haben.

## Der Niedergang der DDR und die Hilflosigkeit der SED

Vor einem Vierteljahrhundert trat die deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft. Sie kam völlig überraschend. Das Jahr 1989 sollte gemäß Partei und Staatsführung ganz im Zeichen der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR stehen. Niemand dachte im Entferntesten daran, dass es schon ein Jahr später mit der DDR vorbei sei. Auch im Westen war es außerhalb jeglicher Vorstellung, dass die DDR wie ein Kartenhaus zusammenfallen könnte – zumal die herrschende Politik dort über eine breite Basis in der Bevölkerung verfügte.<sup>1</sup>

Der Anstoß für einen Wandel kam von außen; die Perestroika-Bewegung in der Sowjetunion wirkte sich auch auf das politische Klima in der DDR aus. Erster deutlicher Ausdruck des Legitimationsverlustes des herrschenden Regimes waren die Proteste nach der offensichtlichen Fälschung der Kommunalwahlergebnisse im Mai 1989. Im Sommer folgten die Botschaftsbesetzungen in Prag, Warschau und in Budapest. Im September öffnete Ungarn die Grenzen, über die DDR-Bürger in den Westen flüchteten. Zugleich kam es zu den immer stärker anschwellenden Montagsdemonstrationen für politische Freiheit und Reisefreiheit. Mitte Oktober erfolgte der Sturz von Partei- und Staatschef Erich Honecker. Am 9. November fiel die Mauer.

Mehr und mehr wurden im Herbst 1989 die ökonomischen Probleme der DDR offenkundig, die zuvor wegen des zunehmenden Verschleißes der Produktionsanlagen nur erahnt werden konnten, aber nicht offen diskutiert, sondern von der politischen Führung geleugnet

<sup>1</sup> Allein die SED hatte knapp 2,3 Millionen Mitglieder; das entsprach einem Sechstel der erwachsenen Bevölkerung. Hinzuzuzählen sind die Mitglieder in den politisch mit der SED verbundenen Parteien. Überdies gab es die Massenorganisationen mit zum Teil sehr hohen Mitgliederzahlen – wie die Freie Deutsche Jugend, die Pionierorganisationen, den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, Betriebskampfgruppen.

und verdrängt wurden.<sup>2</sup> Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die DDR hatte über ihre Verhältnisse gelebt.<sup>3</sup> Ein wachsender Teil der ökonomischen Ressourcen wurde konsumtiv verwendet, und nötige produktive Investitionen unterblieben; es war eine „substanzverzehrende Sozialpolitik“<sup>4</sup> betrieben worden. Exporterlöse und Kredite aus dem Ausland wurden nicht, wie es anfänglich die Parteilinie von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vorsah, für die Anschaffung von Ausrüstungen verwendet, sondern für den Kauf von Konsumgütern – etwa Nahrungsmitteln.

In der Debatte im Herbst 1989 wurde die DDR gegenüber dem Ausland als hoffnungslos verschuldet beschrieben.<sup>5</sup> Die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sprunghaft gestiegenen Schulden gegenüber dem Ausland infolge wachsender Exportdefizite beliefen sich Ende 1989 auf 49 Milliarden Valutamark.<sup>6</sup> Überdies gab es erhebliche Verbindlichkeiten des Staates gegenüber dem eigenen Bankensystem.<sup>7</sup> Wenngleich an der These von der völligen Überschuldung Zweifel angebracht sein mögen,<sup>8</sup> wäre doch die DDR schwerlich allein in der Lage gewesen, die Schuldenlast auf ein tragfähiges Maß zu reduzieren. Starke Einschnitte beim Konsum hätten angesichts der geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht vermieden werden können, wodurch jede eigenständige Politik unter enormen Legitimationsdruck geraten wäre.

Die in den Monaten nach Honecker agierenden Krenz- und Modrow-Regierungen wollten die Eigenständigkeit durch eine wirtschaftlich reformierte DDR bewahren.

**2** Noch am 7. Oktober 1989 sprach Erich Honecker bei seiner Festansprache zum 40. Jahrestag der DDR davon, dass sich seit ihrer Gründung „eine Wirtschaft mit moderner Struktur und großer Leistungskraft“ entwickelt habe. „Dynamik und wachsende Effektivität sind für sie kennzeichnend.“ Versprochen wurde, dass wegen der Nutzung der Mikroelektronik in Zukunft die Produktivität in der DDR, die „zu den zehn leistungsfähigsten Industrienationen der Welt zählt“, noch rascher als bisher steigen sollte. Vgl. „Durch das Volk und für das Volk wurde Großes vollbracht.“ Festansprache von Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Neues Deutschland vom 9. Oktober 1989.

**3** Für einen Überblick über die Debatte vgl. Brenke, K. (2009): Die Jahre 1989 und 1990: Das wirtschaftliche Desaster der DDR – schleichender Niedergang und Schocktherapie. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2/2009.

**4** Hübner, P. (1998): Industrielle Manager in der SBZ/DDR. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte. Geschichte und Gesellschaft Nr. 24.

**5** Schürer, G., Beil, G., Schalck, A., Höfner, E., Donda, A. (1989): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussbetrachtungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 27.10.1989 (als Manuskript vervielfältigt).

**6** Schürer, G. et al., ebenda, S. 5. Bei der Valutamark handelte es sich vornehmlich um eine Rechengröße, deren Grundlagen geheim gehalten wurden. In etwa lässt sich für 1989 annehmen, dass eine Valutamark vier Mark der DDR entsprach. Vgl. Ludwig, U., Stäglin, R., Stahmer, R. unter Mitarbeit von Siehdel, K.-H. (1996): Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung. Beiträge zur Strukturforchung Nr. 163.

**7** Von 123 Milliarden Mark der DDR im Jahr 1988. Vgl. Schürer, G. et al., ebenda, S. 4.

**8** Deutsche Bundesbank (1999): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1973 bis 1989. Frankfurt a. M.

Vor allem durch ein Abrücken von starren Planvorgaben, größere wirtschaftliche Autonomie der Betriebe sowie leistungsgerechtere Löhne sollte die Effektivität erhöht werden. Vermehrt sollten auch private Unternehmen tätig werden können. Von zentraler Bedeutung sollte jedoch die gesamtgesellschaftliche Eigentumsform bleiben.<sup>9</sup> Ziel der erneuerten SED war gemäß ihres Statuts ein „Sozialismus [...] jenseits von Profitwirtschaft, Ausbeutung und administrativ-bürokratischem Sozialismus“. Reformen wurden indes kaum auf den Weg gebracht; die DDR-Führung wirkte paralytisch.<sup>10</sup>

## Starke Abwanderungen

Das Vertrauen in eine eigenständige wirtschaftliche Zukunft der DDR blieb in der Bevölkerung gering. Entsprechend kam es wieder vermehrt zu Demonstrationen, bei denen sich allerdings die Parolen geändert hatten: Nun ging es um die deutsche Einheit.

Das mangelnde Vertrauen trug zu einer großen Abwanderungswelle bei; zudem wurden die Fortziehenden von den höheren Einkommen in der Bundesrepublik angezogen. Im November 1989 – bei Öffnung der Mauer – beliefen sich die Abwanderungen auf 73 000 Personen, im Dezember auf 59 000 und in den ersten drei Monaten des Jahres 1990 waren es jeweils knapp 50 000 (Abbildung 1).<sup>11</sup> Das Ausmaß der Fortzüge erinnerte an die Zeit vor dem Bau der Mauer, als bis August 1961 die Einwohner in großer Zahl der DDR den Rücken kehrten (Abbildung 2). Überdies kam es in unbekanntem, aber erheblichem und zunehmendem Maße dazu, dass nach der Öffnung der Grenzen DDR-Bürger zu einem Arbeitsplatz in Westdeutschland oder West-Berlin pendelten.

Aus der Sicht von DDR-Wissenschaftlern waren die Wanderungsverluste und die Pendlerströme das zentrale Arbeitsmarktproblem der Wende; dass es im Zuge des wirtschaftlichen Umbaus zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen könnte, lag außerhalb ihrer Perspektive.<sup>12</sup> Um eine „Arbeitskräftesicherung“ zu gewährleisten, wurden unter anderem sogenannte Lohnausgleichskassen vorgeschlagen, durch die die Löhne

**9** Vgl. unter anderem Gysi, G. (1989): Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden. In: Materialien zum außerordentlichen Parteitag der SED-PDS, Berlin, Dezember.

**10** Abgesehen von einem Gesetz zur Bildung von Joint Ventures von Staatsbetrieben und westlichen Investoren.

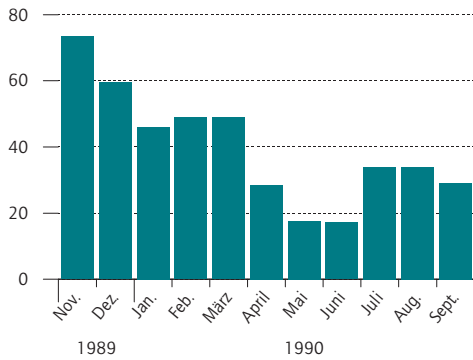
**11** Dabei handelt es sich um Angaben der Ämter der DDR. Wahrscheinlich waren die Wanderungen stärker, da sich nicht alle Fortziehenden bei den zuständigen Behörden abgemeldet haben.

**12** Hummel, L., Sachse, E., Thiel, V. (1990): Vorschläge zur gemeinsamen Beratung mit dem DIW vom 17.1.1990 (als Manuskript vervielfältigt). Im Winter 1989/1990 wurde auf Initiative von DDR-Wissenschaftlern eine Arbeitsgruppe zum Arbeitsmarkt mit Mitarbeitern des DIW Berlin gegründet.

Abbildung 1

**Fortzüge aus der DDR in die Bundesrepublik 1989/1990**

In 1 000 Personen



Quelle: Statistisches Amt der DDR; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Länder.

© DIW Berlin 2015

Das mangelnde Vertrauen in die Erneuerung der DDR trug zu einer großen Abwanderungswelle bei.

von in Westdeutschland erwerbstätigen Pendlern in Mark der DDR umgetauscht werden sollten. Dadurch sollte das Pendeln unattraktiver werden. Überdies wurde an generelle Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit gedacht.<sup>13</sup> All das war praktisch und rechtlich aber gar nicht möglich.<sup>14</sup>

**Die Politik entscheidet sich für eine Währungsunion**

Mitte Januar 1990 wurde erstmals der Vorschlag einer deutsch-deutschen Währungsunion auf die politische Bühne gehoben – um so den Abwanderungen entgegenzuwirken.<sup>15</sup> Die Bundesregierung machte sich diesen Vorschlag zu eigen und präsentierte ihn am 6. Februar der Öffentlichkeit. In der DDR-Bevölkerung fand eine Währungsunion große Zustimmung, denn mit der D-Mark wurden wirtschaftliche Prosperität und ein ho-

<sup>13</sup> Hummel, L. et al. (1990), a. a. O.

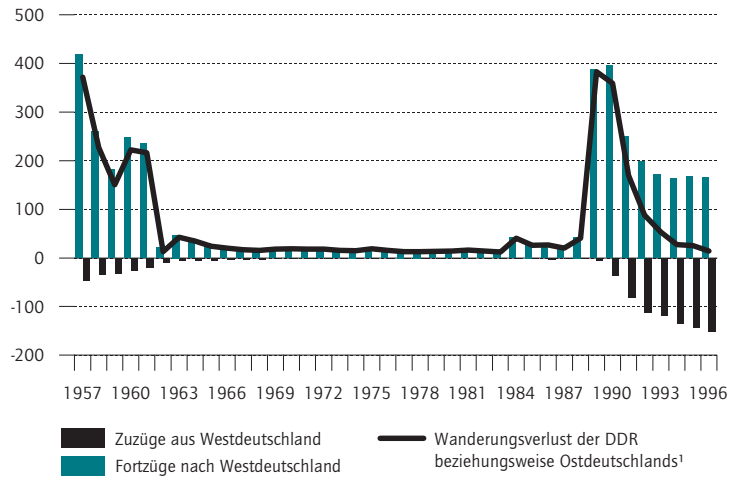
<sup>14</sup> Die Vorschläge wären mit dem Grundgesetz, nach dem jeder Bürger der DDR die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, nicht vereinbar gewesen; DDR-Bürger wären sogar schlechter gestellt worden als Personen aus Staaten der EU. Es gab daher keine Möglichkeiten, die Wanderungen von Arbeitskräften aus der DDR in die Bundesrepublik aufzuhalten. Allenfalls konnten Zuwanderungen in die Sozialsysteme vermindert werden. Vgl. Brenke, K., Meinhardt, V., Stille, F., Volz, J., Vortmann, H., Wagner, G. (1990): Auswirkungen der Öffnung der innerdeutschen Grenze auf den bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt. DIW-Discussion Papers Nr. 5.

<sup>15</sup> Er wurde von der SPD-Politikerin Ingrid Matthäus-Meyer vorgetragen, die damit im Alleingang und nicht in Abstimmung mit der Spitze ihrer Partei agierte. Vgl. Matthäus-Meyer, I. (1990): Signal zum Bleiben. Die Zeit vom 19. Januar 1990.

Abbildung 2

**Bevölkerungsaustausch der DDR beziehungsweise Ostdeutschlands mit den alten Bundesländern**

In 1 000 Personen



<sup>1</sup> Einschließlich Ost-Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2015

Das Ausmaß der Fortzüge aus der DDR erinnerte an die Zeit vor dem Bau der Mauer.

her Lebensstandard assoziiert. Entsprechend wurde auf den Demonstrationen skandiert: „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.“ Die Ankündigung der Währungsunion dürfte auch das Ergebnis der Volkskammerwahl in der DDR von Mitte März 1990 maßgeblich beeinflusst haben, aus der die Ost-CDU und die mit ihr verbundenen Parteien als klare Sieger hervorgingen. Vorhergehende Umfragen hatten ihnen noch eine eher abgeschlagene Position vorausgesagt. Gewählt worden war damit auch die D-Mark; die Option „eigenständige DDR“ gab es nicht mehr. Die monatlichen Abwanderungen halbierten sich nach der Wahl erst einmal.

**Die wissenschaftliche Debatte um die Währungsunion**

Die Ankündigung einer Währungsunion kam völlig überraschend. Am selben Tag, als die Bundesregierung sie vorschlug, war seitens der Bundesbank noch erklärt worden, dass sie in weiter Ferne liege. Von ihr und dem überwiegenden Teil der Wissenschaft wurde die Auffassung vertreten, dass eine Währungsunion nicht am Anfang grundlegender Wirtschaftsreformen in der DDR stehen könne.

Besonders starke Beachtung fand ein offener Brief des Sachverständigenrates im Februar 1990, in dem gefor-

dert wurde, dass es zunächst zu einer Auflösung des planwirtschaftlichen Preissystems mit seiner Subventionierung beziehungsweise übermäßigen Belastung der Preise komme müsse, dass das Problem des wegen des Gütermangels aufgestauten Geld- sowie Kaufkraftüberhangs zu lösen sei, dass ein Finanzsystem geschaffen werden müsse, das marktwirtschaftlichen Bedingungen gerecht werde und weitere Reformen auf den Weg gebracht werden müssten – nicht zuletzt eine weitgehende Privatisierung der staatlichen Unternehmen.<sup>16</sup> Für die Mark der DDR solle es zunächst einen festen Wechselkurs geben, schrittweise – und so rasch wie möglich – sollte ihre Konvertibilität hergestellt werden.<sup>17</sup> Weiter wurde argumentiert, dass durch eine Währungsunion der Rückstand bei den Einkommen gegenüber der Bundesrepublik deutlich sichtbar werden würde, so dass ein Prozess übermäßiger Lohnerhöhungen in Gang käme. Denn mit der Währungsunion sei die Illusion einer raschen Angleichung an den Lebensstandard im Westen verbunden.<sup>18</sup>

Das DIW plädierte ebenfalls für die Eigenstaatlichkeit der DDR und für getrennte Währungen. Der Wechselkurs der Mark der DDR könne an die D-Mark gebunden werden, wobei der Kurs der DDR-Mark möglichst tief anzusetzen sei; vorgeschlagen wurde ein Kurs von 5 zu 1.<sup>19</sup> Damit könne die Exportwirtschaft im Wettbewerb bestehen, und durch einen niedrigen Wechselkurs würden die dringend benötigten ausländischen Investitionen angezogen. Plädiert wurde dafür, dass die Konvertibilität der DDR-Mark erst am Ende des Reformprozesses stehen sollte. Erforderlich sei auch, dass sich die Lohnerhöhungen an den Produktivitätssteigerungen orientierten. Auf politischer Ebene sei eine Konföderation denkbar.<sup>20</sup>

Es gab in der Wissenschaft aber auch Befürworter einer raschen Währungsunion. Willgeroth etwa sah in dem Staatsvertrag zur Schaffung der Währungsunion eine hinreichende ordnungspolitische Grundlage.<sup>21</sup> So sei mit ihr eine Staatsfinanzierung qua Notenpres-

se unmöglich; vor allem würden auf Basis der D-Mark einigermaßen zuverlässige Preissignale entstehen, und Investoren wären keinen Wechselkurs- und Konvertibilitätsrisiken ausgesetzt, was sich günstig auf das Zinsniveau auswirke. Es sei egal, ob die Währung konvertibel ist oder nicht, denn in jedem Fall müssten Preise und Einkommen der Produktivität entsprechen. Bei weiterhin eigener Währung würde es anderenfalls – etwa bei übermäßigen Lohnanhebungen – zu einer massiven Abwertung kommen. Der damit einhergehende Anstieg der Importpreise würde zu einer expandierenden Teuerung im Inland führen und wäre damit eine Reallohnanpassung auf Umwegen. Bei einer Währungsunion würden übermäßige Lohnanhebungen über steigende Preise zu einem Abfluss der Kaufkraft führen. Sinkende Nachfrage und steigende Arbeitslosigkeit erzwingen eine Anpassung der nominalen Löhne.

### Die Frage nach dem richtigen Umtauschkurs

In der öffentlichen Debatte stand allerdings nicht die Frage im Vordergrund, ob überhaupt und wann eine Währungsunion durchgeführt werden sollte, sondern zu welchem Kurs die Mark der DDR in D-Mark umzutauschen sei. Die Bevölkerung in der DDR erwartete einen Umtauschkurs von 1 zu 1. Andere Umtauschverhältnisse, wie sie etwa seitens der Bundesbank in die Debatte eingebracht wurden,<sup>22</sup> fanden keinen Zuspruch in der Bevölkerung. Die DDR-Regierung wehrte sich ebenfalls gegen stark vom Verhältnis von 1 zu 1 abweichende Umtauschkurse. Zwei Aspekte waren mit Blick auf den Umtauschkurs von Belang.

Zum einen gab es – nicht zuletzt von der Bundesbank – die Sorge um die Geldwertstabilität. Das zusätzliche Geld und die aufgestauten Konsumbedürfnisse der DDR-Bürger könnten einen Kaufrausch auslösen und einen inflationären Prozess anstoßen. Zum anderen wurde befürchtet, dass ein zu hoher Umtauschkurs zu einer faktischen Aufwertung führen würde, so dass die DDR-Betriebe im Wettbewerb nicht bestehen könnten. Damit stellte sich die Frage nach der Produktivität der Wirtschaft in der DDR, auf die es keine hinreichend zuverlässigen Antworten gab. Geschätzt wurde seitens der Bundesregierung, dass sie sich auf ein Drittel des westdeutschen Niveaus belaufen würde.<sup>23</sup>

Im Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde vereinbart, dass die Stromgrößen (Löhne, laufende Sozialleistungen wie Ruhestandsbezüge etc.)

<sup>16</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990): Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler. Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Jahresgutachten 1990/91, 307, Stuttgart.

<sup>17</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreformen in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sondergutachten vom 20. Januar 1990. In: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990): Jahresgutachten 1990/91, 289, Stuttgart.

<sup>18</sup> Brief des Sachverständigenrates (1990), a. a. O., 308.

<sup>19</sup> Flassbeck, H., Hoffmann, L., Pohl, R. (1990): Reform der Wirtschaftsordnung in der DDR und die Aufgaben der Bundesrepublik. Wochenbericht des DIW Nr. 6/1990, 68 ff.

<sup>20</sup> Hoffmann, L. (1993): Warten auf den Aufschwung. Regensburg.

<sup>21</sup> Willgeroth, H. (1990): Probleme der deutsch-deutschen Währungsunion. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Nr. 3/1990.

<sup>22</sup> Die Bundesbank favorisierte bei den Bankguthaben und den Schulden einen Kurs von zwei Mark der DDR zu einer D-Mark.

<sup>23</sup> Ludwig, J. (2015): Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären. Hamburg.

im Verhältnis 1 zu 1 umgetauscht werden sollten. Das sei gerechtfertigt, weil sich etwa auch die Löhne nur auf einem Drittel des westdeutschen Niveaus bewegten.<sup>24</sup> Bei den Bestandsgrößen (Bankguthaben, Schulden etc.) galt grundsätzlich ein Umtauschkurs von zwei Mark der DDR zu einer D-Mark. Bei den Bankguthaben der Bevölkerung gab es allerdings nach Alter gestaffelte Beträge, für die ein Umtauschkurs von 1 zu 1 galt.<sup>25</sup> Faktisch ergab sich bei den Bestandsgrößen ein Umtauschverhältnis von 1,6 zu 1.<sup>26</sup> Gemessen am – nur grob abschätzbaren – Produktionspotential war die zusätzliche Geldmenge für die DDR um 50 Prozent zu hoch gewesen; für das gesamte Währungsgebiet seien es – stabilitätspolitisch verkraftbare – 4,5 Prozent gewesen.<sup>27</sup>

### Der Schock nach der Währungsumstellung

Als am 1. Juli 1990 die D-Mark auf dem Gebiet der DDR eingeführt wurde, setzte tatsächlich ein kräftiger Konsumschub ein – zumal sich die Haushalte in den Wochen zuvor in Erwartung der D-Mark mit Ausgaben zurückgehalten hatten (Abbildung 3). Vermehrt gekauft wurden vor allem PKW und elektrotechnische Produkte. Von einem regelrechten, längere Zeit andauernden Kaufrausch kann aber keine Rede sein, denn schon im September ging die Konsumnachfrage zurück, und die Sparquote stieg wieder (Abbildung 4).

Das war eine Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung. Denn diejenigen Teile der DDR-Wirtschaft, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt waren, erwiesen sich gegenüber der Konkurrenz aus dem Westen als hoffnungslos unterlegen. So sank die schon zuvor schwächelnde Industrieproduktion innerhalb weniger Wochen auf fast die Hälfte (Abbildung 5) – ein wohl historisch einmaliger Vorgang.<sup>28</sup> Die Unterbeschäftigung stieg sprunghaft an. Nicht nur die Zahl der offen arbeitslosen Personen nahm deutlich zu, sondern auch die Zahl der Kurzarbeiter; nicht selten fiel bei Kurzarbeit überhaupt keine Arbeitszeit an, weil es nichts zu tun gab. Zudem wurden große Programme für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgelegt, und ab dem Jahres-

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Deutsche Bundesbank (1990): Modalitäten der Währungsumstellung in der Deutschen Demokratischen Republik zum 1. Juli 1990. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Nr. 6/1990.

<sup>26</sup> Bofinger, P. (1991): Geld- und Kreditpolitik nach der Bildung der deutschen Währungsunion. In: Gröner, H., Kantzenbach, E., Mayer, G. (Hrsg.): Wirtschaftspolitische Probleme der Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik. Berlin, 152.

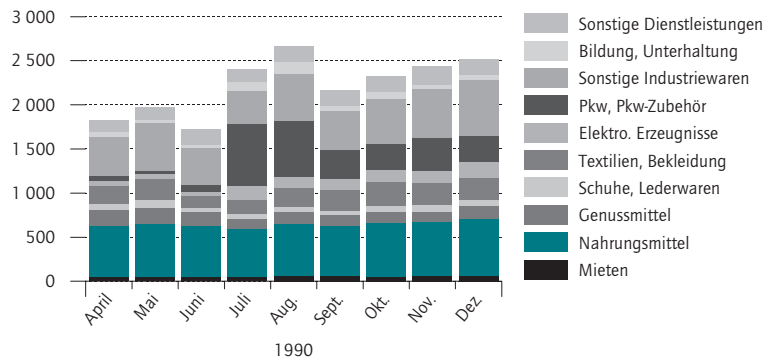
<sup>27</sup> Ebenda, 163.

<sup>28</sup> Einen im Ausmaß ähnlich starken Einbruch bei der Industrieproduktion gab es in Deutschland Anfang der 30er Jahre. Damals zog er sich allerdings über zwei Jahre hin – von Anfang 1930 bis Anfang 1932. Wagenführ, R. (1933): Die Entwicklung der Produktion. In: Raab, F. (Hrsg.): Das Wirtschaftsjahr 1932/33. Tatsachen, Entwicklungsbedingungen und Aussichten der deutschen Volkswirtschaft. Leipzig, 17.

Abbildung 3

### Ausgaben von Arbeitnehmerhaushalten<sup>1</sup> mit zwei Kindern auf dem Gebiet der DDR

In Mark beziehungsweise D-Mark



<sup>1</sup> Ohne Haushalte mit arbeitslosen Haupteinkommensbeziehern.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, Gemeinsames statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

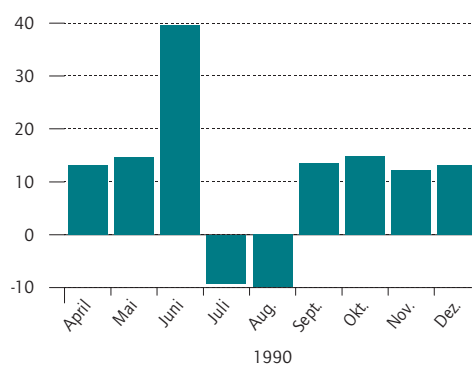
© DIW Berlin 2015

Nach Einführung der D-Mark wurden auf dem Gebiet der DDR vor allem Pkw und elektrotechnische Produkte vermehrt gekauft.

Abbildung 4

### Sparquote von Arbeitnehmerhaushalten<sup>1</sup> mit zwei Kindern auf dem Gebiet der DDR

In Prozent des Haushaltseinkommens



<sup>1</sup> Ohne Haushalte mit arbeitslosen Haupteinkommensbeziehern.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, Gemeinsames statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Schon im September 1990 wurde wieder vermehrt gespart.

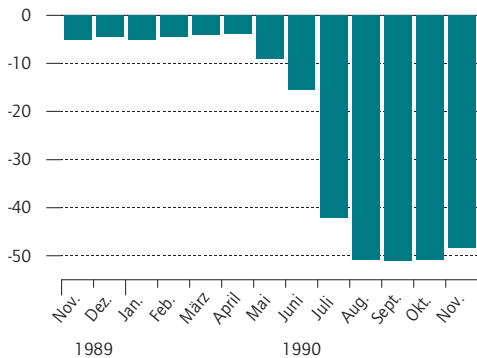
ende 1990 wechselten viele Arbeitnehmer in rasch eingerichtete Qualifizierungsmaßnahmen.<sup>29</sup> Zahlreiche Personen wurden in den Vorruhestand geschickt; er-

<sup>29</sup> Ebenda, 28.

Abbildung 5

### Entwicklung der industriellen Warenproduktion auf dem Gebiet der DDR

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Amt der DDR; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Innerhalb weniger Wochen sank 1990 die Industrieproduktion auf dem Gebiet der DDR auf fast die Hälfte.

werbstätige Rentner und manche ausländische Arbeitskräfte wurden als erste von der Entlassungswelle erfasst und tauchten in keiner amtlichen Arbeitsmarktstatistik mehr auf. Ende 1990 waren vom vorherigen Erwerbspersonenpotential von 9,8 Millionen etwa drei Millionen entweder arbeitslos, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht oder in den Ruhestand geschickt worden. Im darauf folgenden Jahr verschärfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch weiter. Dass es nicht zu dem mitunter erwarteten länger andauernden Konsumrausch kam, lag an den unsicheren Zukunftsaussichten angesichts der dramatischen Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.<sup>30</sup>

### Gründe für das Desaster

Zwar war damit gerechnet worden, dass der Umbau von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft mit Produktionsstilllegungen und Personalanpassungen in durchaus erheblichem Umfang einhergehen würde – erwartet worden war aber nicht solch ein Kollaps, wie er nach der Währungsunion eintrat. Die Ursachen für den Zusammenbruch können auf der Nachfrageseite gelegen haben. Denn es gab nicht nur in der DDR politische und wirtschaftliche Umwälzungen, sondern im gesam-

<sup>30</sup> Der größte Teil der Haushalte ließ schon vor der Währungsunion in Umfragen erkennen, dass das Ausgabenverhalten nach Einführung der D-Mark nicht grundlegend verändert werden sollte. Vgl. Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Institut für Marktforschung (1990): Kaufrausch nach der Währungsunion?

ten Ostblock – also auch bei den traditionell wichtigsten ausländischen Abnehmern von DDR-Erzeugnissen. Der rapide und dramatische Rückgang bei der Industrieproduktion gerade in den Wochen gleich nach der Währungsunion kann darauf aber nicht zurückgeführt werden. Vielmehr wurde den Betrieben beim Handel mit Partnern des Ostblocks von der Bundesregierung massiv mit günstigen Handelskonditionen unter die Arme gegriffen.<sup>31</sup> Mithin wäre ohne diese Hilfen die Industrieproduktion noch stärker zusammengebrochen.

Mit der Verfügbarkeit der D-Mark hatte die Bevölkerung der DDR ihre Präferenzen verändert und gab oft Gütern aus dem Westen den Vorzug gegenüber den Waren aus eigener Produktion. Das kann rationale Gründe gehabt haben, weil die Westwaren mit Blick auf ihre Beschaffenheit, Funktionalität oder Aufmachung tatsächlich von höherer Qualität waren. Es können aber auch irrationale Gründe im Spiel gewesen sein, so dass man DDR-Waren lediglich ein schlechtes Image anheftete. Wie dem auch sei: Entscheidend sind letztlich die Käuferwünsche und der Preis. Werden Waren hergestellt, die nicht oder nur zu einem niedrigen Preis verkauft werden können, ist die Produktivität gering.

Die Ursachen für den massiven Produktionsrückgang sind folglich auf der Angebotsseite zu suchen. Offenkundig passte der Umstellungskurs nicht zur Produktivität. Es gab vor und nach der Währungsunion zahlreiche Veröffentlichungen über den Abstand bei der Produktivität zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Die Spannweite der Schätzungen ist sehr groß; die Produktivität kann bei der Hälfte oder auch nur bei einem Viertel des westdeutschen Niveaus gelegen haben.<sup>32</sup>

Der Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik dürfte sektoral stark variiert haben; bei den Dienstleistungen dürfte er geringer als bei der Industrie gewesen sein. Es konnte aber nur ein einheitlicher Umrechnungskurs gewählt werden. Um den Gegebenheiten in allen Wirtschaftsbereichen gerecht zu werden, hätte die Mark der DDR viel geringer als die D-Mark bewertet werden müssen. Wird beispielsweise der interne Verrechnungskurs von 4,3 zu 1 zum Maßstab genommen, mit dem die DDR-Betriebe ihre Exporte ins

<sup>31</sup> Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1991): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39-40/1991. Sowie Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1991): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Wochenbericht des DIW, Nr. 12/1991. Nach Angaben der Bundesregierung entstanden im zweiten Halbjahr 1990 aus dem Handel mit Partnern aus dem früheren Ostblock Guthaben von immerhin knapp zwölf Milliarden Transferrubel, siehe Bundesdrucksache 13/639.

<sup>32</sup> Vgl. für einen Überblick unter anderem Heske, G. (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950–1989. Köln; Ludwig, U. et al. (1996), a. a. O.

Tabelle 1

**Durchschnittliche monatliche Bruttolöhne<sup>1</sup> in ausgewählten Wirtschaftsbereichen der DDR**

	Mark			Veränderung in Prozent	
	1. Halbjahr 1989	1. Quartal 1990	2. Quartal 1990	1. Quartal 1990 gegenüber 1. Halbjahr 1989	2. Quartal 1990 gegenüber 1. Quartal 1990
Chemische Industrie	1 101	1 115	1 283	1,3	15,1
Metallurgie	1 119	1 132	1 335	1,2	17,9
Baumaterialienindustrie	1 027	1 081	1 230	5,3	13,8
Maschinen- und Fahrzeugbau	1 088	1 124	1 229	3,3	9,3
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	1 055	1 091	1 195	3,4	9,5
Leichtindustrie	962	994	1 062	3,3	6,8
Textilindustrie	967	994	1 048	2,8	5,4
Lebensmittelindustrie	974	1 032	1 142	6,0	10,7
Energie- und Brennstoffindustrie	1 227	1 228	1 385	0,1	12,8
Wasserwirtschaft	1 013	1 051	1 228	3,8	16,8
Verkehr	1 162	1 277	1 334	9,9	4,5
Post- und Fernmeldewesen	968	1 016	1 282	5,0	26,2
Bildungswesen		1 088	1 174		7,9
Gesundheitswesen		1 250	1 531		22,5
Sozialwesen		944	1 101		16,6
Wissenschaft und Forschung		1 320	1 484		12,4
Kultur und Kunst		1 084	1 225		13,0
<b>Insgesamt</b>		<b>1 116</b>	<b>1 242</b>	<b>4,1<sup>2</sup></b>	<b>11,3</b>

<sup>1</sup> Vollzeitäquivalente.

<sup>2</sup> Nur diejenigen Wirtschaftszweige mit vollständigen Angaben.

Quellen: Statistisches Amt der DDR; Berechnungen des DIW Berlin.

Schon vor der Währungsunion zogen die Löhne kräftig an.

nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) kalkulieren konnten, dann brachte die Währungsunion faktisch eine erhebliche Aufwertung für die Industrie mit sich. Und es waren gewiss nicht die leistungsschwachen Betriebe, die im NSW-Geschäft tätig waren.<sup>33</sup>

**Verfehlte Lohnpolitik**

Überdies wurde übersehen, dass es schon im Vorfeld der Währungsunion zu kräftigen Lohnanhebungen gekommen war. Im zweiten Quartal 1990 waren die Löhne in der DDR um elf Prozent höher als im ersten Vierteljahr; und auch zuvor zogen die Löhne schon an (Tabelle 1).

Begründet wurde der Lohnanstieg mit erheblichen Steigerungen bei den Konsumentenpreisen. Tatsächlich wa-

ren die Verbraucherpreise zwischen Juni 1989 und Juni 1990 aber gesunken (Tabelle 2). Vermutlich haben die Betriebe Lagerbestände abgebaut. Möglicherweise hat eine selektive Wahrnehmung zur Annahme eines generellen Preisanstiegs geführt: Wenn es vereinzelt bei Gütern zu Preisanhebungen kam, wurde dies verallgemeinert und auf eine umfassende Teuerung geschlossen. Zu generellen Preissteigerungen kam es erst mit der Währungsunion; zum Teil wegen der anziehenden Konsumnachfrage, vor allem aber, weil partiell die Verzerrungen bei den Preisen aufgegeben wurden. So haben im Juli 1990 die Preise für die bisher stark subventionierten Lebensmittel kräftig angezogen. Die Mieten stiegen insbesondere 1991 enorm.

Die Lohnerhöhungen vor der Währungsunion waren aber nur der Auftakt für einen rasanten Lohnauftrieb. Teilweise waren schon zuvor Lohnerhöhungen für die Monate nach der Währungsunion vereinbart worden.<sup>34</sup> Dadurch stiegen die Löhne etwa in der bedeutenden

<sup>33</sup> Sinn und Sinn weisen darauf, dass mit Blick auf die Kaufkraft der Umrechnungskurs angemessen gewesen wäre. In die Berechnung der Kaufkraft gehen verschiedene Güter ein: Nicht handelbare, meist arbeitsintensiv hergestellte Güter, bei denen die Produktivitätsunterschiede zwischen der Bundesrepublik und der DDR relativ gering gewesen sein dürften, sowie handelbare Güter, bei denen die Produktivitätsunterschiede größer gewesen sein dürften. Das Problem hätte darin bestanden, dass der Produktivitätsrückstand bei den in der DDR hergestellten handelbaren Gütern unter der Kaufkraftparität gelegen hätte. Sinn, G., Sinn, H. W. (1993): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. Tübingen, 44 f.

<sup>34</sup> Von der IG Metall wurde für die Metall- und Elektroindustrie eine pauschale Anhebung um 250 DM per 1. Juli und um 300 DM per 1. Oktober 1990 je Beschäftigtem durchgesetzt. Vgl. Ohl, K. (2009): Die Ost-West-Tarifangleichung in der Metall- und Elektroindustrie. WSI-Mitteilungen Nr. 11/2009, 628.

Tabelle 2

**Entwicklung der Verbraucherpreise auf dem Gebiet der DDR**

	Alle privaten Haushalte		Arbeitnehmerhaushalte <sup>1</sup>		
	Juni 1990	Juli 1990	Juli 1990	Januar 1991	November 1991
	Index Juni 1989 = 100		Index 1989 = 100		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	96,2	114,0	115,4	119,3	126,4
Bekleidung, Schuhe	51,7	57,5	57,5	69,9	72,4
Wohnungsmiete, Energie	100,0	100,0	100,0	158,6	375,8
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	84,8	74,5	74,8	82,4	85,0
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	88,5	119,4	119,4	137,7	147,7
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	93,4	85,2	85,2	97,8	111,8
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	88,3	88,5	88,5	117,7	129,0
Güter für die persönliche Ausstattung, Sonstiges	92,6	99,0	99,0	134,4	135,2
<b>Insgesamt</b>	<b>87,9</b>	<b>94,5</b>		<b>108,9</b>	<b>127,6</b>

<sup>1</sup> Ab Januar 1991 ohne Ost-Berlin.

Quellen: Statistisches Amt der DDR; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg; Gemeinsames Statistisches Amt der neuen Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

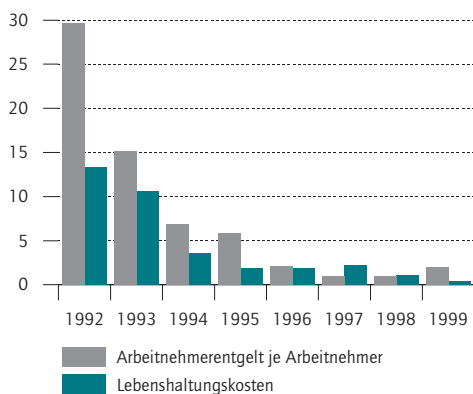
© DIW Berlin 2015

Anders als vielfach angenommen, sind die Konsumentenpreise zwischen Juni 1989 und Juni 1990 gesunken.

Abbildung 6

**Entwicklung der Löhne und der Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Bis 1995 stiegen die Löhne viel stärker als die Verbraucherpreise.

Metall- und Elektroindustrie bis Anfang Oktober um gut 40 Prozent. Dies wird dem Rückgang bei der industriellen Produktion einen zusätzlichen Schub ver-

passt haben. Im Herbst 1990 fiel die Tarifpolitik den gesamtdeutschen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu – die allerdings in erheblichem Maße von westdeutschen Akteuren geprägt war. Im Frühjahr 1991 wurde für die Metall- und Elektroindustrie vereinbart, dass bis April 1994 die Löhne vollständig an das westdeutsche Niveau herangeführt werden sollten. Daraus wurde aber nichts, denn die Arbeitgeberverbände kamen unter Druck. Manche Mitgliedsbetriebe kehrten ihnen den Rücken zu; viel gravierender war aber, dass viele der privatisierten und der neu gegründeten Unternehmen wegen der Lohnpolitik erst gar nicht den Verbänden beitraten.<sup>35</sup> Für diese Unternehmen galten die Lohnabschlüsse nicht; zudem kündigten die Metallarbeitgeber 1993 den Stufenplan zur Erreichung des westdeutschen Lohnniveaus auf.

Gesamtwirtschaftlich schwächte sich der Lohnauftrieb immer mehr ab; trotzdem stiegen die Löhne bis 1995 viel stärker als die Verbraucherpreise (Abbildung 6). In der Industrie gab es bis 1992 sogar die absurde Situation, dass die Löhne höher waren als die Wirtschaftsleistung.<sup>36</sup> Die Betriebe, damals noch zu einem großen Teil

<sup>35</sup> Ebenda sowie Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (1995): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 27-28/1995.

<sup>36</sup> Brenke, K. (2014): Ostdeutschland: ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens. DIW Wochenbericht Nr. 40/2014, 944 f.



nicht in privater Hand, machten im Schnitt also massive Verluste, für die letztlich der Staat aufkam.

## Fazit

Anders als die Europäische Währungsunion, die schon Ende der 1950er Jahre ein Thema war<sup>37</sup> und über die in den folgenden Jahrzehnten mit mehr oder minder großer Intensität diskutiert wurde, rückte die deutsch-deutsche Währungsunion völlig überraschend auf die politische Agenda. Und anders als bei der europäischen Währungsunion ging es nicht darum, Regionen mit gleichartigem Wirtschaftssystem über eine gemeinsame Währung miteinander zu verknüpfen, sondern um die Transformation einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft. Es gab keinerlei geschichtliche Erfahrungen, die als Referenz dafür herangezogen werden konnten, wie gleichzeitige Währungsunion und Systemtransformation zu bewältigen sind. Es ging somit auch nicht um einen Regionalausgleich im Zuge üblicher oder wünschenswerter wirtschaftlicher Entwicklung,<sup>38</sup> sondern um den ökonomischen Neuaufbau einer heruntergewirtschafteten Region.

Zudem stand die Politik unter dem Druck, die Abwanderungen von Arbeitskräften abzubremsen. Durch einen weitgehenden Verlust des Humankapitals auf dem Gebiet der DDR wäre der Neuaufbau aussichtslos geworden; überdies wurden die Wanderungsströme in der Bundesrepublik als kaum zu stemmende Belastung empfunden.

Aus ökonomischer Sicht hat es nahe gelegen, zunächst die Systemtransformation in Angriff zu nehmen – wie es auch in den osteuropäischen EU-Staaten geschehen ist. Im Falle der DDR gab es diese Option jedoch nicht. Die DDR-Bevölkerung hatte bei der Volkskammerwahl im März 1990 für die rasche Währungsunion gestimmt. Wäre sie nicht gekommen, wäre die DDR politisch und wirtschaftlich in ein schwieriges Fahrwasser geraten – wenn nicht gar in chaotische Verhältnisse. Unter diesem Blickwinkel scheint es, als ob die Bundesregierung ein Getriebener der Entwicklung in der DDR gewesen sei. Das trifft aber nicht zu, denn die Währungsunion wurde von ihr forciert, und der DDR-Bevölkerung wurden für den Fall der deutschen Einheit „blühende Landschaften“ versprochen. Zentrales Motiv war es, möglichst rasch die Wiedervereinigung zu erreichen. Denn man nahm an,

dass insbesondere wegen der labilen Lage in der Sowjetunion das Zeitfenster zum Ergreifen der Chance recht klein war.<sup>39</sup> Durch eine schnelle Währungsunion wäre ein nicht umkehrbarer Prozess eingeleitet.

Mit der Währungsunion erfolgte die Systemtransformation durch eine Schocktherapie; über Nacht wurde die Wirtschaft der DDR dem Wettbewerb ausgesetzt, in dem sie zu großen Teilen nicht bestehen konnte. Der Umrechnungskurs von DDR-Mark zu D-Mark war falsch gewählt und passte nicht zu der Leistungsfähigkeit derjenigen Betriebe, die überregional handelbare Güter herstellten. Um die Einkommen an die Leistung anzupassen und um die Grundlage für einen selbst erzeugten Aufholprozess zu legen,<sup>40</sup> wären Kosten-, insbesondere Lohnsenkungen nötig gewesen. Zwar hätten Lohnsenkungen weitere Arbeitskräfte zur Abwanderung bewegen können, dies war aber ohnehin der Fall: Wohl wegen der wachsenden Unterbeschäftigung nahmen die Fortzüge aus der DDR nach der Währungsunion wieder zu und blieben auch in den darauf folgenden Jahren hoch. Sie erreichten allerdings nicht mehr das Ausmaß der Zeit vor der Währungsunion.

Bei der Lohnentwicklung trat jedoch das Gegenteil ein: Die Arbeitsentgelte zogen kräftig an, denn die Arbeitnehmervertreter hatten leichtes Spiel. Vor der Währungsunion saßen ihnen mit den Leitern der Kombinate Personen gegenüber, die wegen ihrer Verstrickung in das alte politische System Wohlwollen gegenüber ihren Belegschaften zeigen mussten; überdies waren sie selbst Arbeitnehmer und daher an höheren Löhnen interessiert. Später hatten dann die vom Westen beeinflussten Vertreter der Arbeitgeberverbände kein Interesse an niedrigen Löhnen oder gar Lohnsenkungen, da wettbewerbsfähige Produktionen im Osten den Unternehmen im Westen hätten Konkurrenz machen können. Politisch konnte der Lohnpolitik nicht entgegengewirkt werden, denn die Tarifautonomie ist ein Grundrecht. Deshalb hätte es allenfalls freiwillige Vereinbarungen zur Lohnzurückhaltung geben können. Sie waren aber nicht möglich, weil unter der Bevölkerung auf dem Gebiet der DDR die Illusion einer raschen Angleichung der Einkommen zwischen Ost und West verbreitet war.

Nach der Währungsunion wurden erhebliche finanzielle Mittel zur sozialen Abfederung der wachsenden Unterbeschäftigung und zur Stützung der für eine Privatisierung vorgesehenen Betriebe eingesetzt. Es kam zu einem Abfluss von Kaufkraft gen Westen, der dort

<sup>37</sup> Abelschäuser, W. (2010): Die Erblast des Euro – eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 43/2010, 40.

<sup>38</sup> Wie er älteren Theorien optimaler Währungsunionen zugrunde liegt. Nach Mundell sei er bei einer hohen Mobilität der Produktionsfaktoren von Kapital und Arbeit gegeben, wenn innerhalb eines Währungsgebietes Arbeit und Kapital hin zu einer aufstrebenden Region strömen. Vgl. Mundell, R. A. (1961): A Theory of Optimum Currency Areas. The American Economic Review, Nr. 4/1961.

<sup>39</sup> Ludwig, J. (2015), a. a. O.

<sup>40</sup> Horn, G. A., Fritsche, U., Scheremet, W. (2000): Die doppelte Währungsunion: Deutschland und Europa im wirtschaftlichen Integrationsprozess. Ein Rückblick und Vergleich. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2/2000, 166 ff.

die Konjunktur ankurbelte und die Teuerung anheizte. Die der Geldwertstabilität verpflichtete Bundesbank sah sich einer „Stabilisierungskrise“<sup>41</sup> gegenüber und erhöhte die Leitzinsen kräftig. Daraufhin schwächte sich die Konjunktur im Westen stark ab. Dies belastete den Aufbau Ost zusätzlich, da etwa angesichts unausgelasteter Kapazitäten im Westen Investoren schwerer zu finden waren. Überdies wurden damals durch die höheren Zinsen Spannungen im europäischen Währungssystem erzeugt.

Wenn die Chance einer raschen politischen Vereinigung ergriffen werden musste und wenn es darum ging, die Abwanderungswelle aus der DDR zum Abschwellen zu bringen, dann musste wohl die Währungsunion am Beginn des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses stehen. Politisch war die Währungsunion also zwingend notwendig, wirtschaftlich erwies sie sich aber als ein Desaster. Das grundlegende Problem bestand dar-

---

**41** Neumann, M. (1993): Transformationsproblem in der ostdeutschen Wirtschaft: Unvermeidliche Anpassungskrise oder wirtschaftspolitische Fehler? In: Siebert, H. (Hrsg.): Die zweifache Integration: Deutschland und Europa. Workshop zur Strukturberichterstattung, Tübingen, 92.

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin | [kbrenke@diw.de](mailto:kbrenke@diw.de)

---

### A CRITICAL RETROSPECTIVE: GERMAN MONETARY UNION

---

**Abstract:** Twenty-five years ago, East Germany adopted the deutschmark as its currency. In terms of East German economic development, monetary union proved to be a disaster. With virtually no warning, East Germany's few productive factories and businesses were exposed to free market competition; industrial production collapsed in a way unparalleled in history. Nevertheless, for political reasons, introducing monetary union at the start of the process of system transformation was almost unavoidable. Given the insecure foreign policy situation, the aim was to seize the chance of

**JEL:** E60, E65, F22

**Keywords:** german-german currency union

in, dass mit der Übernahme einer starken Währung die Erwartung verbunden war, dass sich damit – quasi im Selbstlauf – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und höhere Einkommen einstellen würden. Es wurde ausgeblendet, dass die Einkommen mit einer entsprechenden Produktivität verdient werden müssen. Die Politik hatte indes, dem Zauberlehrling gleich, die Illusion einer raschen Angleichung der Einkommen an das westdeutsche Niveau noch geschürt.

Da die Währungsunion in eine Wirtschafts- und Sozialunion eingebettet war, wurde der wirtschaftliche Neuaufbau im Osten weniger durch eigene Anpassungsprozesse, sondern primär durch enorme Transfers aus dem Westen<sup>42</sup> vorangetrieben. Es ist dadurch vieles erreicht worden – insbesondere eine Re-Industrialisierung.<sup>43</sup> Gleichwohl ist der Osten immer noch von Transfers abhängig, und die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung erreicht gerade einmal etwas mehr als 70 Prozent des westdeutschen Wertes.

---

**42** Nach eigenen Schätzungen belaufen sie sich auf etwa 1,3 bis 1,6 Billionen Euro seit 1990.

**43** Brenke, K. (2014), a. a. O.

reunification and push through monetary union to create an irreversible fait accompli. Moreover, this move was intended to put a brake on the massive exodus of people from East Germany. Admittedly, it also buttressed the widespread illusion among the East German population that a strong currency would facilitate fast-track income parity on West German levels. This illusion, however, also encouraged excessive wage hikes which only served to intensify the shock of alignment in summer 1990, complicate economic renewal in eastern Germany, and increase the financial costs.

# Über die Krise zur Einheit?

## 25 Jahre monetärer Integrationsprozess in Europa

Von Ferdinand Fichtner, Philipp König

Am 1. Juli 1990 wurde mit dem Wegfall der Kapitalverkehrskontrollen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die erste Stufe auf dem Weg zum Euro genommen. Der Weg dorthin war auch durch einen Kompromiss zwischen zwei Denkschulen gekennzeichnet – derjenigen, die davon ausging, dass der Schaffung der Zentralbank die weitergehende ökonomische Konvergenz und politische Integration folgen würde, und derjenigen, die die gemeinsame Währung erst als Krönung europäischer Zusammenarbeit und wirtschaftlicher Konvergenz ansah. Der Kompromiss, wie er im Maastricht-Vertrag verankert wurde – einerseits eine schnelle Einführung der gemeinsamen Währung und andererseits verstärkte finanzpolitische Zusammenarbeit – hat in den ersten Jahren der Währungsunion nicht dazu geführt, dass die institutionellen Grundlagen der Union gefestigt und der politische Integrationsprozess fortgesetzt wurde. In der Folge kam es zu wirtschaftlichen Divergenzen und Spannungen im Euroraum, die sich in den vergangenen Jahren zu einer Krise ausgewachsen haben. Erst als Reaktion auf diese Krise wurden notwendige Änderungen am institutionellen Gefüge der Währungsunion vorgenommen. Viel spricht dafür, dass solche Spannungen und sogar das Auftreten von Krisen als Impuls für eine weitergehende Integration bei der ursprünglichen Gestaltung der Währungsunion bewusst in Kauf genommen wurden. Allerdings erweist sich dies als hochriskantes politisches Kalkül, da es Gefahr läuft, die gesellschaftliche Unterstützung für den Integrationsprozess zu verlieren und damit die Gemeinschaftswährung in ihrer Existenz gefährdet. Um das europäische Projekt voranzubringen, darf sich die Politik nicht auf die Eigengesetzlichkeit von Krisen verlassen, sondern muss aktiv – und im demokratischen Diskurs mit der Bevölkerung – die weiteren Integrationsschritte vorantreiben und das institutionelle Fundament der Währungsunion festigen.

Mit dem Wegfall der Kapitalverkehrskontrollen zwischen den Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft begann am 1. Juli 1990 das wohl ehrgeizigste währungspolitische Experiment der jüngeren Vergangenheit – die Einführung einer gemeinsamen Währung in Europa.

Grundlage für die Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen (Tabelle) war die Umsetzung der drei Jahre zuvor in Kraft getretenen Einheitlichen Europäischen Akte; darin war die Verwirklichung eines europäischen Binnenmarktes<sup>1</sup> festgeschrieben, und das Ziel einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion durch die unterzeichnenden Mitgliedsländer bekräftigt worden.<sup>2</sup>

Auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Juni 1988 in Hannover wurde dieses Ziel konkretisiert und ein Ausschuss unter Vorsitz des Kommissionspräsidenten Jacques Delors mit der Vorarbeit betraut. Der im Jahr darauf von Delors vorgelegte Bericht schlug für die Einführung einer gemeinsamen Währung ein dreistufiges Prozedere vor, das spätestens mit der Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen am 1. Juli 1990 beginnen sollte. Im Dezember 1989 beschloss der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen in Straßburg schließlich den Beginn des dreistufigen Prozesses zu dem im Delors-Bericht genannten Datum.

### Die ersten Schritte auf dem Weg zur Währungsunion

Bereits 1970 hatte eine Kommission unter Vorsitz des luxemburgischen Premierministers Pierre Werner einen ersten Entwurf für eine Wirtschafts- und Währungs-

<sup>1</sup> Und damit auch die Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen.

<sup>2</sup> Diese waren Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Großbritannien.

Tabelle

**Kapitalverkehrskontrollen im Europäischen Währungssystem (EWS) nach Transaktionsarten 1988**

	Wertpapiere		Kredite		Andere Transaktionen	
	Primärmarkt	Sekundärmarkt	Handelskredite	Sonstige	Depositen	Sonstige
Belgien	K/A	K	K	K	K	K
Dänemark	K	K	A	A	A	A
Frankreich	R/A	K	R	R	K/R	K
Deutschland	K	K	K	K	K	K
Irland	A	K/R	K/A	K/A	K/U	K/U
Italien	A/U	K/R	K/A	K/A	K/U	K/U
Luxemburg	K/A	K	K	K	K	K
Niederlande	K	K	K	K	K	K
Vereinigtes Königreich	K	K	K	K	K	K
Griechenland	A/U	A/U	A	A	R/U	R/U
Portugal	R/A	R/A	A	A	A	A
Spanien	A	K/R	A	R/A	K/A	A

Der erste Buchstabe bezieht sich auf Kapitalzuflüsse, der zweite auf Kapitalabflüsse. Ist nur ein Buchstabe aufgeführt, bezieht er sich auf Zu- und Abflüsse.

K = Keine Kontrollen

A = Autorisierung erforderlich

R = Unterlag Restriktionen (zum Beispiel in Bezug auf Laufzeit, Nutzung oder Volumen)

U = War untersagt oder erforderte Autorisierung, die üblicherweise nicht gegeben wurde.

Quelle: Eichengreen, B., Wyplosz, C. (1997), a. a. O., 159; Originalquelle: Morgan Guaranty Trust Co. (1988): *Financial Markets in Europe Toward 1992. World Financial Markets* 5, 5.

© DIW Berlin 2015

union vorgelegt.<sup>3</sup> Der Werner-Plan enthielt eine auf zehn Jahre angelegte Konzeption zur Schaffung einer Währungsunion. Dabei sollten in drei Stufen bis zur Einführung einber gemeinsamen Währung sowohl eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs erreicht als auch Maßnahmen zur Beseitigung struktureller Unterschiede zwischen den Ländern umgesetzt werden. Obwohl der Werner-Plan zunächst in Deutschland und Frankreich starke Unterstützung erfuhr, wurde er bald wieder zu den Akten gelegt. Angesichts der währungspolitischen Tumulte nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und der anschließenden Wechselkursfreigabe durch Deutschland und die Niederlande dürfte es zu Beginn der 70er Jahre doch noch am politischen Willen und Handlungsspielraum zur unwiderruflichen Festlegung auf eine Währungsunion gefehlt haben.<sup>4</sup>

Mitte der 80er Jahre hatten sich die Vorzeichen geändert. Die Einigung bezüglich einer gemeinsamen

Agrarpolitik hatte dem europäischen Integrationsprozess zu neuem Schwung verholfen. Voranschreitende Integration auf institutioneller Ebene, stärker werdende Handelsverflechtungen zwischen den Mitgliedsländern, sowie die anstehende Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Spanien und Portugal mündeten im Jahr 1986 schließlich in der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte.<sup>5</sup>

Die darin vereinbarte Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen warf unmittelbar die Frage nach einer Umgestaltung der europäischen Geld- und Währungspolitik auf. Bereits 1979 war, auf Initiative Helmut Schmidts und Valerie Giscard D’Estaings, das Europäische Währungssystem (EWS) geschaffen worden, bei dem sich die teilnehmenden Länder verpflichteten, Wechselkurschwankungen innerhalb fester Bandbreiten zu halten. Die Freigabe des Kapitalverkehrs war mit diesem Arrangement – bei fortbestehender Eigenständigkeit der nationalen Geldpolitiken – nicht vereinbar.<sup>6</sup>

<sup>3</sup> Werner, P. (1970): Report to the Council of the Commission on the Realisation by Stages of Economic and Monetary Union in the Community. Bulletin of the European Communities, Supplement 11, 1-65.

<sup>4</sup> Siehe Issing, O. (2008): The Birth of the Euro. 5; Buiter, W., Corsetti, G., Pesenti, P. (1998): Financial Markets and European Monetary Cooperation – The Lessons of the 1992-93 Exchange Rate Mechanism Crisis. 22.

<sup>5</sup> Eichengreen, B. (2007): The European Economy since 1945 – Coordinated Capitalism and Beyond. 336.

<sup>6</sup> Mundell, R. (1962): Capital mobility and stabilization policy under fixed and flexible exchange rates. Canadian Journal of Economic and Political Science, 29, 475-485.

Darüber hinaus hatte sich das EWS zu einem „DM-Block“ entwickelt, in dem sich die anderen Mitglieder gezwungen sahen, der stärker stabilitätsorientierten Politik der Bundesbank zu folgen oder aber ihre Währungen gegenüber der D-Mark abzuwerten.<sup>7</sup> Der Unbill gegenüber Deutschland und der Geldpolitik der Bundesbank war daher seit Einführung des EWS stetig gewachsen,<sup>8</sup> und so forderte im Jahr 1987 der französische Finanzminister Balladur, sekundiert von seinem italienischen Kollegen Amato, die Schaffung eines neuen, weniger asymmetrischen geldpolitischen Arrangements.<sup>9</sup> Die französisch-italienische Kritik besagte im Kern, dass die Politik der Bundesbank gemessen an den wirtschaftlichen Bedingungen in vielen EWS-Mitgliedsländern zu restriktiv ausgerichtet war. Schwächere Länder wären zur Verteidigung des fixen Wechselkurses gezwungen gewesen, eine – nach ihrer Auffassung unangemessen – restriktive Politik zu verfolgen.

Die Freigabe des Kapitalverkehrs drohte diese Asymmetrie zu verschärfen. Ohne die Möglichkeit von Kapitalverkehrskontrollen konnten schwächere Länder nur noch versuchen, mittels Zinsveränderungen spekulativen Kapitalflüssen Einhalt zu gebieten.<sup>10</sup> Dies war, realwirtschaftlich gesehen, umso teurer, je geringer die Unterstützung der Bundesbank als Hüterin der „Ankerwährung“ des EWS dabei ausfiel.

Die Schaffung des einheitlichen Binnenmarkts im Rahmen der Einheitlichen Akte hatte die Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen mit sich gebracht; aus den dabei frei werdenden ökonomischen Fliehkräften im EWS erwuchs nun die zwingende Notwendigkeit, das europäische Währungsgefüge neu zu ordnen.

### Die gemeinsame Währung: Grundstein oder Krönung der Integration?

In der Diskussion um währungs- und geldpolitische Fragen standen sich in Europa zwei unterschiedliche Denkschulen gegenüber. Die maßgeblich auf französischer Seite vertretene „monetaristische“ Position<sup>11</sup> ging davon aus, dass die Schaffung einer Währungsunion den Impuls für eine weitergehende ökonomische Integration geben und diese automatisch nach sich ziehen würde („Grundsteintheorie“). Dem gegenüber stand die „ökonomistische“, unter anderem in Deutschland recht

prominente, Idee, dass zunächst die Wirtschaftsstruktur und die Wirtschaftsleistung konvergieren müssten; dieser Prozess könne von institutionellen Neuerungen begleitet werden und schließlich in einer Währungsunion münden („Krönungstheorie“).<sup>12</sup>

Im Januar 1988 reagierte der deutsche Außenminister Genscher mit einem „Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer europäischen Zentralbank“ auf die französisch-italienische Kritik am EWS.<sup>13</sup> Das Genscher-Memorandum stellte einen Bruch mit den bisherigen deutschen Standpunkten in Währungsfragen dar. Es verließ einen strikt ökonomistischen Kurs und näherte sich der monetaristischen Position an, indem es zugestand, dass wirtschaftliche Konvergenz und monetäre Integration durchaus gleichzeitig erfolgen könnten.<sup>14</sup> Damit ergriff der deutsche Außenminister die Initiative zur ohnehin notwendigen Neugestaltung des europäischen Währungsgefüges, brachte aber gleichzeitig in entscheidenden Fragen deutsche Positionen ein. Denn auch im Genscher-Memorandum wurde die Notwendigkeit wirtschaftlicher Konvergenz zwischen den Mitgliedsländern betont, und die Vorschläge zur institutionellen Gestaltung der gemeinsamen europäischen Zentralbank beruhten ebenfalls auf eher deutschen Prinzipien, wie politischer Unabhängigkeit und dem Primat der Preisstabilität.<sup>15</sup>

Die im Juni 1988 eingesetzte Delors-Kommission führte diese Kompromisslinie in ihrem Bericht weiter:<sup>16</sup> Einerseits stellte sie ein klares stabilitätsorientiertes Mandat und politische Unabhängigkeit der neu zu gründenden Zentralbank heraus und betonte ein Mindestmaß an ökonomischer Konvergenz vor Einführung der neuen Währung. Andererseits forderte sie die schnelle Neugründung eines Europäischen Systems der Zentralbanken und einer gemeinsamen Zentralbank in der zweiten Phase des Übergangs zur Währungsunion.<sup>17</sup>

Der Kompromiss zwischen monetaristischer und ökonomistischer Position warf in der Übergangsphase allerdings erhebliche Schwierigkeiten auf. Im Dezember 1991 wurde der Vertrag von Maastricht unterzeichnet, der die Kriterien für die angestrebte wirtschaftliche Konvergenz vor Eintritt in die Gemeinschaftswährung regelte und den Zeitplan für ihre Einführung festlegte.

7 Issing, O. (2008), a. a. O., 7.

8 James, H. (2012): The Making of the European Monetary Union. 227.

9 Balladur, E. (1988): Memorandum by Edouard Balladur to the ECOFIN Council; translated for the European Commission Monetary Committee.

10 Die Fremdwährungsreserven waren nicht annähernd ausreichend, um dem spekulativen Kapital, das auf Finanzmärkten bewegt werden konnte, etwas entgegenzusetzen.

11 Nicht zu verwechseln mit der ökonomischen Position des *Monetarismus*, die maßgeblich durch die Arbeiten Milton Friedmans geprägt wurde.

12 Buiter, W. et al. (1998), a. a. O., 32; Issing, O. (2008), a. a. O., 6.

13 Eichengreen, B. (2007), a. a. O., 351; Europäisches Parlament (2012): Der lange Weg zum Euro. Schriftenreihe Cardoc, Nr. 8, Februar 2012, 56.

14 Schieder, S. (2015): Liberalismus vs. Realismus: Der Versuch einer Einordnung des „Genscherismus“ in die Theorie der internationalen Beziehungen. In: Brauckhoff, K., Schaetzer, I. (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. 41–66.

15 James, H. (2012), a. a. O., 229.

16 Eichengreen, B. (2007), a. a. O., 352.

17 Buiter, W. et al. (1998), a. a. O., 29. Siehe James, H. (2012), a. a. O. für eine detaillierte Diskussion der acht Sitzungen des Delors-Komitees.

te: Nach der Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen als erster Stufe der Währungsunion sollte die zweite Stufe – die auch die Schaffung des Europäischen Währungsinstituts (EWI) als Vorläufer der EZB vorsah – am 1. Januar 1994 beginnen, und die dritte Stufe – die endgültige und unumkehrbare Fixierung der Wechselkurse und die Einführung der Gemeinschaftswährung – sollte spätestens am 1. Januar 1999 erreicht werden.

Dieses enge zeitliche Korsett ließ kaum den nötigen Spielraum, um etwaige Verzögerungen bei der Konvergenz nachhaltig zu korrigieren. Durch die Regelung, dass es den Staats- und Regierungschefs oblag, die Einhaltung der Kriterien festzustellen, erhielt die der ökonomistischen Position zugestandene Voraussetzung wirtschaftlicher Konvergenz zudem eine politische Dimension; viel spricht dafür, dass Abweichungen bedeutender Mitgliedsländer vom Konvergenzpfad toleriert worden wären.<sup>18</sup>

Gleichzeitig war mit dem freien Kapitalverkehr ein *fait accompli* geschaffen worden, das im Zusammenspiel mit den vertraglich verankerten Konvergenzkriterien das europäische Währungsgefüge während der Übergangszeit der zweiten Phase anfällig für spekulative Attacken machte.<sup>19</sup> Die Fragilität dieses Arrangements, insbesondere im Angesicht ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und bestehender struktureller Unterschiede zwischen den Ländern, wurde während der Jahre 1992 und 1993 deutlich.

**18** Besonders eindrücklich gibt folgende Aussage des Altkanzlers Helmut Schmidt die inhärente politische Dimension der Konvergenzkriterien wider. In einem offenen Brief in der 46. Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 8. November 1996 schreibt er an den damaligen Bundesbankpräsidenten Tietmayer, der regelmäßig auf eine strikte Einhaltung der Kriterien pochte: „Den durch den Maastrichter Vertrag neu in den EG-Vertrag eingefügten Artikel 104c und den darin enthaltenen weitgehenden Entscheidungsspielraum des Europäischen Rates – jenseits aller Kriterien – verschweigen Sie dagegen regelmäßig. Vielmehr erwecken Sie penetrant den unzutreffenden Eindruck, als ob die in den Protokollen zum Maastrichter Vertrag enthaltenen Kriterien absolut bindend seien. Tatsächlich steht aber seit Maastricht im EG-Vertrag: ‚Erfüllt ein Mitgliedsstaat, keines oder nur eines dieser Kriterien, so sollen alle sonstigen einschlägigen Faktoren berücksichtigt werden, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage des Mitgliedsstaates.‘ [...] Ich will einräumen: Auch mir scheint ein hohes Maß an Gleichlauf (‚Konvergenz‘) der Volkswirtschaften der Teilnehmerstaaten wünschenswert. Aber für die Funktionsfähigkeit des Euro ist die Konvergenz keineswegs nötig.“ Bini-Smaghi, L., Padoa-Schioppa, T., Papadia, F. (1994): The Transition to EMU in the Maastricht Treaty. Princeton Essays in International Finance, 194.

**19** Dies betrifft insbesondere die Anforderung, den Wechselkurs für die Dauer von zwei Jahren stabil zu halten, um in die dritte Stufe eintreten zu können. Wäre ein Land einmal zu einer Abwertung gezwungen worden, war es fraglich, ob es erneut für zwei weitere Jahre die Kosten restriktiver Geld- und Fiskalpolitik auf sich nehmen würde, um sich für die gemeinsame Währung zu qualifizieren. Falls nicht, würde dies die Attacke *ex post facto* rechtfertigen. Siehe dazu Eichengreen, B., Wyplosz, C. (1997): The Unstable EMS. In: Eichengreen, B. (Hrsg.): European Monetary Unification – Theory, Practice and Analysis. 153–224; Buitter, W. et al. (1998), a. a. O.; Eichengreen, B. (1997): Epilogue: Inconsistent Quartets. In: Eichengreen, B. (Hrsg.), a. a. O., 323–328.

Die Rezession des Jahres 1991 hatte einen Anstieg der ohnehin hohen Arbeitslosigkeit in Europa mit sich gebracht. Dies erhöhte die realwirtschaftlichen Kosten restriktiver Geld- und Finanzpolitik, die zur Erreichung der Konvergenzkriterien diente. Gleichzeitig hatte die Bundesbank in Deutschland mit dem inflationären Druck zu kämpfen, der in Folge der Wiedervereinigung entstanden war; seit 1991 erhöhte sie deshalb, ungeachtet der Folgen für den Wechselkursmechanismus, schrittweise ihre Zinsen. Um angesichts steigender Zinsen in Deutschland übermäßige Kapitalabflüsse zu vermeiden, mussten die anderen Länder nun ebenfalls ihre Zinsen erhöhen, was zu einer Verschärfung ihrer wirtschaftlichen Probleme beitrug.

Dann votierte 1992 die dänische Bevölkerung in einem Referendum gegen den Maastrichter Vertrag und in der Folge kündigte die französische Regierung ebenfalls ein Referendum an. Dadurch wurden die Erwartungen in die Unumkehrbarkeit der monetären Integration erschüttert. Hätten auch die Franzosen den Vertrag abgelehnt, so hätte das sogar das endgültige Aus für die gemeinsame Währung bedeuten können.<sup>20</sup>

Angesichts dieser Möglichkeit fielen die akuten realwirtschaftlichen Kosten der „Konvergenzpolitik“ auf einmal schwerer ins Gewicht, und die Anfälligkeit des Wechselkursmechanismus für spekulative Attacken stieg. Es wurde wahrscheinlicher, dass Länder wie Italien oder das Vereinigte Königreich, deren Währungen bei Eintritt in den Wechselkursmechanismus überbewertet waren, im Angesicht einer konzertierten spekulativen Attacke nachgeben, abwerten und den gemeinsamen Wechselkursmechanismus verlassen würden. In der Tat wetteten die Finanzmärkte ab Sommer 1992 unter anderem<sup>21</sup> verstärkt auf eine Abwertung der Lira und des Pfunds; in der Folge mussten beide Länder den Wechselkursmechanismus zunächst verlassen, wobei sich das Vereinigte Königreich sogar von der Teilnahme an der gemeinsamen Währung abwandte.<sup>22</sup> Die Währungstumulte in Europa konnten erst ein Jahr später, im Juli 1993, endgültig beendet werden, als die Bandbreiten für die Wechselkursschwankungen deutlich erweitert wurden.

**20** Die französische Bevölkerung votierte am 20. September 1992 für die Annahme des Vertrages. Allerdings fiel die Mehrheit mit 51,1 Prozent denkbar knapp aus und reichte nicht hin, das Vertrauen der Märkte in der unmittelbaren Folge zu stabilisieren.

**21** Ferner kam es ebenfalls zu starken Spekulationen gegen die schwedische Krone, die finnische Mark, die spanische Peseta, den portugiesischen Escudo und den französischen Franc.

**22** Für ausführliche Darstellungen zur Pfundkrise und zur Krise des EWS 1992/93 siehe Eichengreen, B., Wyplosz, C. (1997), a. a. O.; Buitter, W. et al. (1998), a. a. O.; Eichengreen, B. (2004): Globalizing Capital – A History of the International Monetary System.

Somit war die der ökonomistischen Position zugestandene Übergangsphase in der Tat höchst fragil und drohte sogar in einem Scheitern des gesamten Projekts einer Währungsunion zu münden.

## Europa – ein optimaler Währungsraum?

Angesichts der sich abzeichnenden Einführung der Gemeinschaftswährung hatte die Theorie des optimalen Währungsraums (optimum currency area, OCA-Theorie) eine Renaissance in wissenschaftlichen und politikberatenden Publikationen erfahren.<sup>23</sup> Dabei wurde regelmäßig untersucht, ob die Mitgliedsländer der (künftigen) Europäischen Währungsunion asymmetrischen Einflüssen auf ihre Konjunktur („Schocks“) ausgesetzt waren und ob gegebenenfalls die Anpassungsmechanismen – insbesondere eine hohe Faktormobilität zwischen den Ländern – ausreichen, um den Wegfall einer autonomen Geld- und Wechselkurspolitik als Stabilisierungsinstrument zu kompensieren.

Eine umfangreiche Studie der Europäischen Kommission vom Oktober 1990 kam nach einer detaillierten Kosten-Nutzen-Analyse und unter Einbeziehung der aus der OCA-Theorie abgeleiteten Kriterien zu dem Ergebnis, dass mit der Schaffung einer europäischen Währungsunion mikroökonomische Effizienzgewinne (etwa aufgrund der Einsparung von Transaktionskosten) und höhere makroökonomische Stabilität (in Bezug auf Inflationsraten, Produktion und Beschäftigung) zu erwarten seien.<sup>24</sup> Dabei wurde etwa argumentiert, dass angesichts der recht diversifizierten Wirtschaftsstruktur der europäischen Volkswirtschaften die einzelnen Länder vergleichsweise unabhängig von sektorspezifischen Schocks sind und diese daher nur einen geringen Einfluss auf gesamtwirtschaftliche Entwicklungen hätten. Zudem spreche insbesondere die fortgeschrittene Kapitalmarktintegration im europäischen Wirtschaftsraum für die Bildung einer Währungsunion.<sup>25</sup> Die mit der Bildung einer Währungsunion einhergehende Integration im Bereich der Güter- und Faktormärkte würde darüber hinaus tendenziell mit zunehmendem konjunkturellem Gleichlauf und damit gerin-

geren Kosten des Verzichts auf eine länderspezifische Geldpolitik einhergehen.<sup>26</sup>

Im Gegensatz dazu kam eine Reihe von Studien, etwa auf Vergleichen mit den USA beruhend, zu dem Ergebnis, dass die Länder der Europäischen Gemeinschaft in größerem Maß asymmetrischen Schocks ausgesetzt seien als andere wirtschaftliche Integrationsräume.<sup>27</sup> Zudem bleibe die Mobilität, insbesondere des Produktionsfaktors Arbeit, weit hinter der in anderen Regionen zurück.<sup>28</sup> Kritisch beurteilt wurde auch die finanzpolitische Integration in der Europäischen Gemeinschaft, die weit geringer sei als in den USA und daher nur begrenzt zur Korrektur eventuell auftretender wirtschaftlicher Divergenzen in der Währungsunion beitragen könne.<sup>29</sup>

Alles in allem fiel das wissenschaftliche Urteil über die Eignung des europäischen Wirtschaftsraums zur monetären Integration und über die im Maastrichter Vertrag vereinbarte Ausgestaltung eher skeptisch aus. Allerdings beeinflussten solche Bedenken das Handeln der politischen Entscheidungsträger nur unwesentlich; die im Maastrichter Vertrag verankerte „road map“ wurde, abgesehen von Großbritanniens Ausscheiden 1992, planmäßig umgesetzt. So manifestierte sich in der Einführung der gemeinsamen Währung die Dominanz der monetaristischen Position:<sup>30</sup> Anstatt vor der Schaffung der Währungsunion dauerhafte wirtschaftspolitische und institutionelle Vorbedingungen für eine europäische Fiskal- und Währungsunion zu schaffen, wurde die gemeinsame Währung in der Hoffnung eingeführt, dass sie zur Triebfeder einer weitergehenden Integration werden würde.

Bereits 1949 hatte Jacques Rueff, französischer Ökonom und späterer Berater Charles de Gaulles, vielzitiert gesagt: „L'Europe se fera par la monnaie ou ne se fera pas“ – „Europa entsteht über das Geld, oder es entsteht gar nicht.“ Ein halbes Jahrhundert später betonte der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Otmar Issing: „Der Maastricht-Vertrag hat eine mit dem Be-

<sup>23</sup> Eine kurze Übersicht über die Theorie optimaler Währungsräume findet sich in Belke, A., Bernoth, K., Fichtner, F. (2011): Die Zukunft des internationalen Finanzsystems. DIW Wochenbericht Nr. 37/2011, Kasten 2, 15.

<sup>24</sup> Commission of the European Communities (1990): One market, one money: An evaluation of the potential benefits and costs of forming an economic and monetary union. European Economy No. 44, Oktober 1990.

<sup>25</sup> Bofinger, P. (1994): Europa: Ein optimaler Währungsraum? In: Gahlen, B., Hesse, H., Ramser, H.J. (Hrsg.): Europäische Integrationsprobleme aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Ottoberen, Bd. 23, Tübingen, 125-151.

<sup>26</sup> Frankel, J., Rose, A. (1997): The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria. Economic Journal, 108 (449), 1009-1025.

<sup>27</sup> Eichengreen, B. (1991): Is Europe an Optimum Currency Area? NBER Working Paper No. 3579.

<sup>28</sup> Bayoumi, T., Prasad, E. (1996): Currency Unions, Economic Fluctuations, and Adjustment: Some New Empirical Evidence. IMF Staff Papers, 44 (1), 36-58.

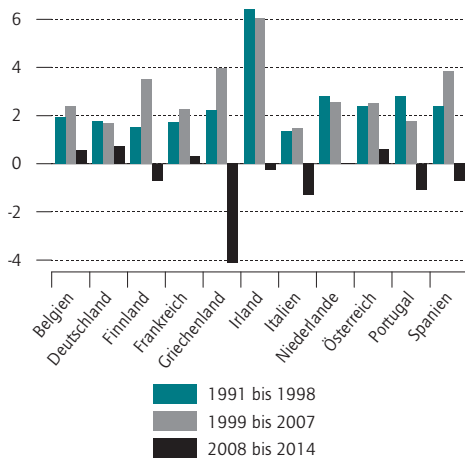
<sup>29</sup> Sala-i-Martin, X., Sachs, J. (1991): Fiscal Federalism and Optimum Currency Areas: Evidence for Europe From the United States. NBER Working Paper No. 3855.

<sup>30</sup> Zu einer anderen Auffassung gelangt Wyplosz, C. (1997): EMU – Why and How It Might Happen. Journal of Economic Perspectives, 11 (4), 3-21. Er argumentiert, dass sich in der Festlegung der Konvergenzkriterien im Maastrichter Vertrag die Dominanz der ökonomistischen Sichtweise zeigt. Dabei bleibt aber unberücksichtigt, dass dies aus strikt ökonomistischer Perspektive allenfalls einen Kompromiss mit dem monetaristischen Lager darstellt.

Abbildung 1

**Wachstum vor und nach Einführung des Euro**

Durchschnittliches jährliches Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozent



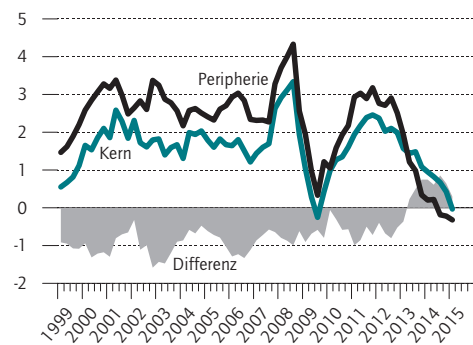
Quelle: Internationaler Währungsfonds.

© DIW Berlin 2015

Abbildung 2

**Inflationsraten in den Euroländern**

Veränderung des Preisniveaus gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Kern: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, die Niederlande, Österreich. Peripherie: Griechenland, Irland, Italien, Slowenien, Slowakei, Spanien, Portugal. Gewichtung der Länder mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: OECD; Nationale Statistikinstitute.

© DIW Berlin 2015

ginn der Währungsunion wirksame historisch einmalige Asymmetrie geschaffen. Europäische, supranationale Geldverfassung auf der einen Seite – weitgehend nationale Hoheit auf den meisten anderen Gebieten. Diese Konstellation schafft ein Spannungsverhältnis, das den weiteren Integrationsprozeß prägen wird. Der Weg zurück ist versperrt, das Scheitern der Währungsunion wäre nicht nur ökonomisch extrem teuer, die unabsehbaren politischen Folgen kämen einer Katastrophe gleich. Ebenso gescheite wie honorige vormalige Skeptiker haben dies eingesehen und teilen nunmehr die Überzeugung: Einmal begonnen, darf die Europäische Währungsunion nicht scheitern.<sup>31</sup>

**Der Weg in die Krise**

Wirtschaftlich war die monetäre Integration im Euroraum zunächst erfolgreich.<sup>32</sup> Die Europäische Zentralbank konnte ihr Ziel einer Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent in der mittleren Frist über weite Strecken erreichen. Zudem brachte die Währungsunion eine verstärkte Integration der Güter- und Kapitalmärkte sowie eine ausgeprägte Konvergenz der Verzinsung öf-

fentlicher und privater Schuldtitel mit sich.<sup>33</sup> Dies alles trug dazu bei, dass die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Mitgliedsländern in den ersten Jahren der Währungsunion bis zum Ausbruch der globalen Finanzkrise im Jahr 2007 kräftiger war als in der vorangegangenen Dekade (Abbildung 1).<sup>34</sup>

Auch auf der Ebene der einzelnen Mitgliedsländer konvergierten die Inflationsraten in Richtung des Inflationsziels der EZB. Allerdings blieben weiterhin Unterschiede bestehen (Abbildung 2).<sup>35</sup> Diese führten (bei einheitlichen Nominalzinsen) zu Unterschieden in den Realzinsen der einzelnen Mitgliedsländer, die in Ländern mit stärkerer Preisentwicklung – auch getrieben durch große Divergenzen bei der Lohnentwicklung<sup>36</sup> sowie Mängel bei der Fiskaldisziplin<sup>37</sup> – eine übermäßige schuldenfinanzierte Nachfrage erzeugten und das Ent-

31 Issing, O. (1999): Staat – Markt – Währung; Elemente einer Wirtschaftsordnung in Europa. FAZ-Lecture gehalten am 20. September 1999 in Frankfurt, [www.ecb.europa.eu/press/key/date/1999/html/sp990920.de.html](http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/1999/html/sp990920.de.html).

32 Tietmeyer, H. (2005): Herausforderung Euro. München, Wien.

33 Baldwin, R. et al. (2008): Study on the Impact of the Euro on Trade and Foreign Direct Investment. European Economy, Economic Papers 321.

34 Mongelli, F.P., Wyplosz, C. (2009): The euro at ten – unfulfilled threats and unexpected challenges. Manuskript, Fifth ECB Central Banking Conference, [www.ecb.europa.eu/events/pdf/conferences/cbc5/Mongelli\\_Wyplosz.pdf?d045ab7c3ac1f189381c5af61a274ae8](http://www.ecb.europa.eu/events/pdf/conferences/cbc5/Mongelli_Wyplosz.pdf?d045ab7c3ac1f189381c5af61a274ae8).

35 Angeloni, I., Ehrmann, M. (2007): Euro Area Inflation Differentials. The B.E. Journal of Macroeconomics, 7 (1), 1–36.

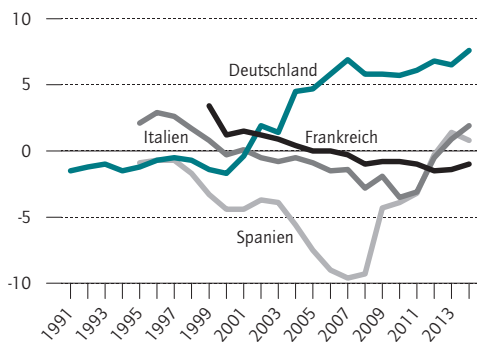
36 Vgl. ausführlich Fritsche, U. et al. (2005): Auswirkungen von länderspezifischen Differenzen in der Lohn-, Preisniveau- und Produktivitätsentwicklung auf Wachstum und Beschäftigung in den Ländern des Euroraums. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, DIW Berlin: Politikberatung kompakt Nr. 8.

37 Europäische Zentralbank (2003): Monatsbericht Dezember, 60f.



Abbildung 3

**Leistungsbilanzgleichgewichte im Euroraum**  
Leistungsbilanzsalden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2015

stehen von teils erheblichen Leistungsbilanzungleichgewichten beförderten (Abbildung 3).<sup>38</sup> Ohne eine eigenständige Geldpolitik fehlte den einzelnen Ländern eine wesentliche Stellschraube, um derartigen Fehlentwicklungen begegnen zu können. Andere Kontrollmechanismen und Instrumente, die die Geldpolitik hätten ersetzen können und mit deren Hilfe man insbesondere die private und öffentliche Verschuldung auf einem nachhaltigen Niveau hätte halten können, waren bei der Gestaltung der Währungsunion nicht ausreichend berücksichtigt worden und wurden auch während der ersten zehn Jahre ihres Bestehens nicht entwickelt.

Als sich im Zug der globalen Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 die Spannungen in der Europäischen Währungsunion verschärften, kam es, entgegen der vorherrschenden Meinung, dass innerhalb einer Währungsunion keine Zahlungsbilanzkrise auftreten könne, zu einer Umkehr der Kapitalflüsse. Das schuldenfinanzierte Wachstum der Länder mit vormals hohen Leistungsbilanzdefiziten kam zum Erliegen und es bildete sich ein bis heute nicht durchbrochener Teufelskreis heraus: Fehlentwicklungen im Bankensystem, bei den öffentlichen Finanzen sowie in der Realwirtschaft verstärkten sich gegenseitig und führten zu einer Spirale aus wirtschaftlichen Verwerfungen und fortgesetzter Verunsicherung der Marktteilnehmer.<sup>39</sup>

**38** Wyplosz, C. (2013): The Eurozone Crisis – It’s about Demand, not Competitiveness. Mimeo, The Graduate Institute, Genf; Mongelli, F. P., Wyplosz, C. (2009), a. a. O. Früh wurde das Problem der Realzinsdivergenzen in Festkurssystemen von Sir Alan Walters, dem Berater der britischen Premierministerin Margaret Thatcher thematisiert; vgl. Walters, A. (1990): Sterling in Danger – The Economic Consequences of Pegged Exchange Rates.

**39** Vgl. zu einer ausführlichen Darstellung des Teufelskreises der Banken-, Staatsschulden- und makroökonomischen Krise Shambaugh, J. C. (2012): The

So zeigte sich spätestens in der Krise, dass die im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien nicht umfassend genug waren: Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte der einzelnen Länder waren genauso ausgeklammert worden wie die Entwicklung der Verschuldung des privaten Sektors. Gleichzeitig wurde der Fokus bei der Schaffung der Währungsunion vor allem auf die institutionelle Gestaltung der gemeinsamen Zentralbank gerichtet, während andere Bereiche – die gemeinsame Bankenaufsicht,<sup>40</sup> ein „lender-of-last-resort“ für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Staaten<sup>41</sup> oder die Insolvenzordnung für Staaten<sup>42</sup> – keinerlei Beachtung fanden.<sup>43</sup>

**Krisen als Schrittmacher europäischer Integration?**

Die monetaristische Erwartung, dass die Einführung der gemeinsamen Währung eine weitere wirtschaftspolitische Koordinierung und Integration nach sich ziehen werde, wurde so – jedenfalls in den ersten Jahren der Währungsunion – kaum erfüllt; erst in Reaktion auf die Krise im Euroraum seit 2010 gelang es, einzelne Änderungen an den institutionellen Rahmenbedingungen im Euroraum durchzusetzen. Beispielhaft verdeutlichen der im Jahr 2012 beschlossene Europäische Fiskalpakt, die „six pack“-Regelungen oder die Vereinbarungen zur Bankenunion, in welchem Tempo die Krise als Katalysator für diejenigen Modifikationen am institutionellen Rahmen der Währungsunion wirkte, die eigentlich schon vor der Krise dringend notwendig gewesen wären.

In der Praxis bestätigt sich somit tatsächlich, dass die Schaffung der Währungsunion weitere Integrationschritte nach sich zieht. Dabei müssen sich die politischen Entscheidungsträger seit der Einführung der Währung aber durchaus der Möglichkeit bewusst gewesen sein, dass ein solcher Prozess mit erheblichen Spannungen einhergehen könnte. Davon zeugt etwa eine Aussage des damaligen Kommissionspräsidenten Romano Prodi aus dem Jahr 1999: „Ich bin sicher, dass der Euro uns zwingen wird, neue wirtschaftspolitische Instrumente einzuführen. Es ist politisch unmöglich,

Euro’s Three Crises. [www.brookings.edu/~media/Projects/BPEA/Spring%202012/2012a\\_Shambaugh.pdf](http://www.brookings.edu/~media/Projects/BPEA/Spring%202012/2012a_Shambaugh.pdf).

**40** Bremus, F., Lambert, C. (2014): Bankenunion und Bankenregulierung: Stabilität des Bankensektors in Europa. DIW Wochenbericht Nr. 26/2014.

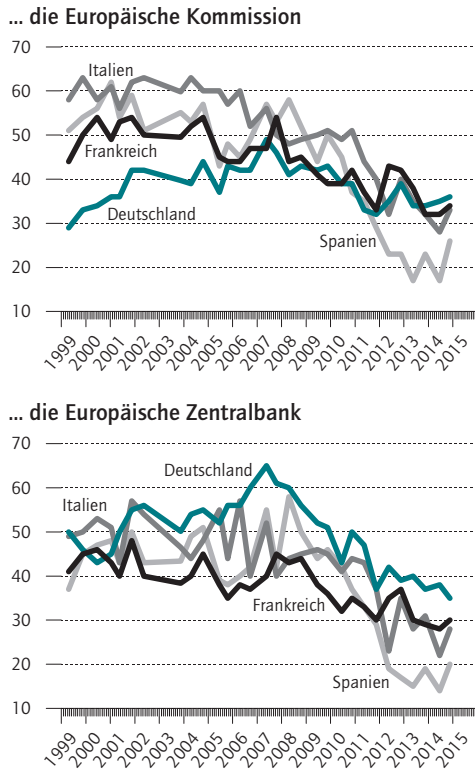
**41** Illing, G., König, P. (2014): Die Europäische Zentralbank als Lender of Last Resort. DIW Wochenbericht Nr. 24/2014.

**42** Große Steffen, C., Schumacher, J. (2014): Umschuldungen im Euroraum: Wie lassen sich Staatsschulden effizienter restrukturieren? DIW Wochenbericht Nr. 39/2014.

**43** Für einen Überblick über institutionellen Reformbedarf im Euroraum vgl. auch Fichtner, F. et al. (2014): Den Euroraum zukunftsfähig machen. DIW Wochenbericht Nr. 24/2014.

Abbildung 4

**Vertrauen in ...**  
In Prozent<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Anteil der Antworten „Tend to trust“ auf die Frage: „Please tell me if you tend to trust or not to trust in the ...“

Quelle: Eurobarometer.

© DIW Berlin 2015

dies jetzt vorzuschlagen. Aber eines Tages wird es eine Krise geben und die neuen Instrumente werden geschaffen werden.“<sup>44</sup>

Auch der deutsche Außenminister Joschka Fischer wies im Jahr 1999 darauf hin, dass „aus der Vergemeinschaftung der Währung gegenüber den noch fehlenden politischen und demokratischen Gemeinschaftsstrukturen ein Spannungsfeld entsteh[t], dessen Dynamik den gegenwärtigen Status quo bereits in naher Zukunft erschüttern wird.“<sup>45</sup> Und noch im Jahr 2011 betonte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, dass „wir

<sup>44</sup> Romano Prodi, Interview Financial Times, 1999. Im englischen Original: „I am sure the euro will oblige us to introduce a new set of economic policy instruments. It is politically impossible to propose that now. But some day there will be a crisis and new instruments will be created.“

<sup>45</sup> Fischer, J. (1999): Die Bürger wollen wissen, wohin die Reise geht. Frankfurter Rundschau vom 3. Februar 1999; zitiert aus Niess, F. (2002): Die europäische Idee – Aus dem Geist des Widerstands. Frankfurt a. M.

[...] die politische Union nur erreichen [können], wenn wir eine Krise erleben.“<sup>46</sup>

So sind, im Sinn einer „nasty accident“-Theorie<sup>47</sup> der europäischen Integration, in der Währungsunion auftretende Krisen geradezu erwünscht, denn sie erzeugen die notwendige politische Rechtfertigung, um die weitere Integration voranzutreiben. In einer geradezu fatalistischen Haltung gegenüber Jean Monnets Diktum, dass die Menschen Veränderungen nur in Folge einer Krise akzeptieren,<sup>48</sup> wird dabei auf die integrierende Kraft von Krisen abgestellt. Eine breite Unterstützung in der Bevölkerung für etwaige Veränderungen und Reformen ist aus dieser Perspektive keine notwendige Voraussetzung für politische Integration; mit dem Hinweis auf ihre „Alternativlosigkeit“ können Reformen selbst bei starkem politischem Gegenwind umgesetzt werden.

Dieses Kalkül ist allerdings mit erheblichen Risiken behaftet. Die Anpassungslasten der gegenwärtigen Krise haben vielfach hohe und direkt spürbare Kosten erzeugt und die Bevölkerung der besonders betroffenen Länder stark belastet. Die Bereitschaft, diese Lasten zu tragen, ist begrenzt und hat, wie beinahe überall in Europa erkennbar, zu einer Erschütterung der politischen Landschaft geführt. Vor diesem Hintergrund ist der Wille zu weiterer Integration gesunken, und die Unterstützung für die Idee der monetären, fiskalischen und politischen Union und ihre Institutionen hat spürbar abgenommen (Abbildung 4).

Voraussetzung für den monetaristischen Prozess einer aus der Schaffung der Währungsunion getriebenen Integrationsdynamik ist die Unumkehrbarkeit der Einführung der gemeinsamen Währung. Da der Verlauf einer Krise aber weder absehbar noch planbar ist, können die Spannungen, die im günstigen Fall als Triebfeder der Integration wirken, ebenso einen Prozess in Gang setzen, der in eine Desintegration mündet.

**Fazit**

Mit seinem Dreiklang „Ausstieg – Mitsprache – Loyalität“ (*exit – voice – loyalty*) deutet Albert Hirschmann die Möglichkeiten an, die eine Bevölkerung gegenüber Institutionen hat, mit denen sie unzufrieden ist.<sup>49</sup> Eine Haltung, die auf die Eigengesetzlichkeit von Krisen als

<sup>46</sup> Schäuble, W. (2011): Seeing in Crisis the Last Best Chance to Unite Europe. In: New York Times, 18. November. Im Original: „We can only achieve a political union if we have a crisis.“

<sup>47</sup> Rachman, G. (2008): Super-Sarko's Plans for the World. Financial Times, 20. Oktober.

<sup>48</sup> Monnet, J. (1976): Mémoires, Fayard, Paris, 129: „Les hommes n'acceptent le changement que dans la nécessité et ils ne voient la nécessité que dans la crise.“

<sup>49</sup> Hirschmann, A. (1970): Exit, Voice, and Loyalty.

Schrittmacher des europäischen Integrationsprozesses setzt, riskiert, dass die Bevölkerung ihrem Unmut durch Wahl der *Exit*-Option Ausdruck verleiht. Dem steht zwar entgegen, dass die Kosten, die mit einer Rückkehr zu nationalen Währungen verbunden sind, unkalkulierbar und wahrscheinlich immens sind. Aber auch Krisen gehen mit unkalkulierbaren und erheblichen Kosten für die Bevölkerung einher, so dass eine Politik, die auf eine heilsame Wirkung von Krisen setzt, keineswegs sicher sein kann, das Projekt der europäischen Integration auch zum Erfolg zu führen.

Die Strategie, dem Euro eine Schrittmacherrolle für den Integrationsprozess im Euroraum zuzuweisen und dabei Krisen in Kauf zu nehmen, ist somit in hohem Maß fragil. Dies machen auch die jüngsten, dramatischen Entwicklungen in Griechenland deutlich. Die ökonomischen Divergenzen, die sich seit dem Eintritt des Landes in die Währungsunion gebildet haben, führten in den vergangenen Jahren zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen. In der Folge wurde Anfang 2015 eine Regierung gewählt, die wesentliche Teile des bislang etablierten wirtschaftspolitischen Konsens in der Union nicht mittragen wollte. Aus den wirtschaftlichen Spannungen erwachsen so politische Spannungen zwischen Griechenland und den übrigen Euro-Mitgliedsländern, die fast auf den Tag genau 25 Jahre

nach Freigabe des Kapitalverkehrs in Europa nun zu Kapitalverkehrskontrollen in Griechenland führen und einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion nach sich zu ziehen drohen.<sup>50</sup> Vor diesem Hintergrund ist eine Rückbesinnung auf die im Maastricht-Vertrag eigentlich angelegte Parallelität monetärer Integration und darüber hinausgehender wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit angezeigt. Die europäische Politik sollte sich künftig wieder verstärkt an diesem Gedanken orientieren und den politischen Integrationsprozess aktiv – und im demokratischen Diskurs mit der Bevölkerung – fortsetzen, anstatt sich von Krisen treiben zu lassen. Im Sinne Hirschmanns dürfte dies die Loyalität, aus der sich die Stärke Europas und seiner Währung speist, festigen und dadurch den Anreiz für die Wahl der *Exit*-Option verringern. Dies gilt umso mehr, als das Ende der Gemeinschaftswährung auch ein, wenigstens vorläufiges, Ende des gesamten politischen Integrationsprozesses nach sich ziehen dürfte und Europa weit hinter das Jahr 1990 zurückwerfen würde, in dem am 1. Juli mit dem Abbau der Kapitalverkehrskontrollen der Weg zu einer gemeinsamen Währung in Europa begonnen wurde.

---

**50** Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses DIW Wochenberichts waren die Konsequenzen der abgebrochenen Verhandlungen über eine Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland nicht absehbar.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [ffichtner@diw.de](mailto:ffichtner@diw.de)

Philipp König ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilungen Konjunkturpolitik und Makroökonomie am DIW Berlin | [pkoenig@diw.de](mailto:pkoenig@diw.de)

---

### A STRONGER UNION THROUGH CRISIS? 25 YEARS OF MONETARY INTEGRATION IN EUROPE

---

**Abstract:** On July 1, 1990, when capital controls in the European Economic Community were removed, the path was paved for the introduction of the euro. This path was marked by a compromise between two schools of thought—those who assumed that the creation of the European Central Bank would be followed by greater economic convergence and political integration, and those who saw the single currency as the coronation of European cooperation and economic convergence. In the initial years following the introduction of the single currency, the compromise as set down in the Maastricht Treaty—the speedy introduction of the single currency, on the one hand, and better cooperation in fiscal policy matters on the other—neither strengthened the institutional foundations of the monetary union nor advanced the political integration process. This resulted in economic divergence and tension in the euro area, which

in recent years culminated in a severe crisis. It was only in response to this crisis that some of the necessary changes to the institutional structures of the monetary union were made. There is much evidence to suggest that, when the monetary union was originally being created, such tension and even crisis situations were consciously tolerated because of the stimulus for deeper integration this would provide. Such political manoeuvring is very risky, however, since it can lead to the loss of public support for the integration process, thereby threatening the very existence of the common currency. To advance the European project, it is imperative that governments do not rely on the momentum inherent in crisis situations, but instead press ahead with the next stages of integration and take an active approach to bolstering the institutional foundations of the currency union.

JEL: E42, F15, F33, F45, N14

**Keywords:** monetary integration, crises, institutions, European Monetary Union, economic integration, capital movements



Das DIW Berlin trauert um seine langjährige Mitarbeiterin

## Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg

Mit dem Tod von Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg am 10. Juni 2015 ist eine wichtige Phase der Nachkriegsentwicklung des DIW Berlin endgültig Geschichte geworden. Die im Alter von 101 Jahren Verstorbene war die letzte lebende Persönlichkeit, der noch vom ersten Nachkriegspräsidenten des Hauses, Ferdinand Friedensburg, die Leitung einer Abteilung übertragen wurde. Nicht nur dies, sie war zugleich die erste Abteilungsleiterin seit Gründung des DIW im Jahre 1925 überhaupt – ein Amt, das sie von 1958 bis 1975 ausfüllte.

Der Zuständigkeitsbereich von Frau Köhler-Rieckenberg waren die Westlichen Industrieländer und Entwicklungsländer. Ein Schwergewicht lag auf dem regelmäßigen Beitrag des von ihr geführten Teams zur halbjährlich fälligen Gemeinschaftsdiagnose der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. In diesen Berichten wurde und wird die jeweilige Lage und kurzfristige Perspektive der westdeutschen Volkswirtschaft wie auch der USA, Japans und der wirtschaftlich wichtigsten europäischen Länder – auch im Verbund der Europäischen Gemeinschaft – in den Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung analysiert und prognostiziert. Daneben entstanden unter der Ägide von Frau Köhler-Rieckenberg zahlreiche Länderstudien und Schwerpunktuntersuchungen mit weltwirtschaftlichem Bezug. Über die wissen-

schaftliche Arbeit hinaus ging es ihr immer auch um die Vermittlung der Resultate. In Vorträgen und Rundfunkdiskussionen stellte sie ihre Erkenntnisse und Ansichten vor und suchte den direkten Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit.

Die Befähigung zu ihren über den nationalen Rahmen hinausgreifenden Aufgaben hatte sich Ingeborg Köhler-Rieckenberg schon früh erworben. Bereits ihr Studium hatte sie in den frühen 30er Jahren in London und Paris begonnen. Sie schloss es an der noch jungen Freien Universität Berlin ab, wo sie 1955 auch zum Dr. rer. pol. promoviert wurde. Ihre fremdsprachliche Kompetenz, vor allem aber ihre leidenschaftliche wissenschaftliche – zugleich kulturelle und ethnologische – Neugier führte sie immer wieder in die Welt hinaus.

So knüpfte sie auch Kontakte zu Schwestereinrichtungen des DIW im westlichen Ausland und insbesondere in den USA. Vor allem für ihre Pionierarbeit auf diesem Gebiet wurde ihr im Jahr 1986 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Frau Dr. Köhler-Rieckenberg hat sich um das DIW verdient gemacht. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.



# Herzlichen Glückwunsch!

## Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ist einer der wichtigen Politikberater unseres Landes, es passt hervorragend in die Wissenschaftslandschaft unserer Stadt, und es war immer auch eine Berliner Institution. Das DIW ist die größte deutsche Wissenschaftseinrichtung, die sich mit Konjunktur- und Wirtschaftsforschung beschäftigt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten diese Arbeit mit hoher Kompetenz. Konjunkturforschung war 1925 der Anfang. Heute ist das DIW kompetent in Fragen der Energiewirtschaft genauso wie in der Bildungsökonomie. Berlin gratuliert dem DIW zum 90. Jubiläum, und ich wünsche dem Haus und seinen rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin erfolgreiche Arbeit.

## Stefan Müller, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung und DIW-Kuratoriumsmitglied

Das BMBF gratuliert ganz herzlich zu 90 Jahren DIW Berlin und damit zu einer langen Tradition exzellenter Forschung und Beratung über zentrale Zukunftsfragen von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland, Europa und – zunehmend – der Welt. Seit gut 30 Jahren ist das DIW zugleich Heimat des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), das das BMBF institutionell als eine gemeinsam mit den Ländern geförderte Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft unterstützt. Mit 30 000 Befragten in 11 000 Haushalten stellt das SOEP eine einzigartige Datengrundlage für die empirische Forschung über Einkommensverteilung, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Lebensqualität bereit. Hervorzuheben ist das Bemühen, stets aktuelle Herausforderungen anzugehen, wie derzeit das Thema Migration in Folge der Flüchtlingswelle. Für die Zukunft wünschen wir dem DIW Berlin weiterhin viel Erfolg und eine breite Nutzung der SOEP-Daten in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

## Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie

Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und seinem Präsidenten Marcel Fratzscher gratuliere ich zum 90. DIW-Geburtstag recht herzlich. An der Notwendigkeit wirtschaftswissenschaftlicher Forschung hat sich in neun Jahrzehnten nichts geändert. Für das Verständnis und die Ausrichtung wirtschaftlichen Handelns spielt die Expertise des DIW eine wichtige Rolle – Stichwort Investitionsschwäche. Das Institut zeichnet sich dadurch aus, Expertise nicht nur für die Wirtschaft, sondern für die gesamte Gesellschaft zu liefern, zum Beispiel durch sein Sozio-oekonomisches Panel. Der BDI wünscht dem DIW auch für die nächsten 90 Jahre viel Erfolg – mit fundierten Analysen, praktikablen Empfehlungen und treffsicheren Konjunkturprognosen.

### **Helmut K. Anheier, Präsident der Hertie School of Governance**

Wir freuen uns über die enge Partnerschaft zwischen unseren beiden Häusern, die wir seit 2008 aufgebaut haben. DIW-Wissenschaftler lehren an der Hertie School of Governance, Hertie-School-Wissenschaftler forschen am DIW in gemeinsamen Projekten. Mit gemeinsamen Veranstaltungen geben wir der akademischen und wirtschaftspolitischen Debatte immer wieder Impulse. Mit dem DIW Berlin wissen wir eines der leistungsstärksten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute an unserer Seite – und zwar buchstäblich: Die nachbarschaftliche Nähe an Friedrich- und Mohrenstraße hat sich als äußerst produktiv und inspirierend erwiesen. Dafür danken wir Marcel Fratzscher und seinem Team sehr herzlich. 90 Jahre Tradition und Erfahrung mögen ein gutes Fundament für eine dynamische Zukunft sein.

### **Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Das DIW ist mit vielen qualitativ hochwertigen Expertisen und seinen breit aufgestellten Forschungsschwerpunkten auch im 90. Gründungsjahr eine gute Adresse im wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs. Das kritische Denken und die klaren Analysen des Instituts sind für uns Gewerkschaften eine gute Orientierung in der politischen Auseinandersetzung für eine humane, gerechte, innovative und zukunftsfähige Gesellschaft. Ich freue mich besonders, dass es dem DIW seit 2011 gelungen ist, den ihm gebührenden Platz innerhalb der deutschen Wirtschaftsforschungseinrichtungen wieder zu erlangen. Ich wünsche dem DIW im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft gutes Gelingen, treffsichere Analysen und gute Politikempfehlungen.

### **Hans-Jürgen Krupp, Präsident des DIW Berlin von 1979 bis 1988**

Als früherer Präsident (1979–1988) wünsche ich dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für die kommenden Jahrzehnte alles Gute, besonders die Sicherung seiner Unabhängigkeit, eine starke Position in der Wissenschaft und Erfolg bei der Umsetzung seiner Erkenntnisse und Ratschläge. Schon bei seiner Gründung gab es zwei Gesichtspunkte, an denen das Institut festhalten sollte: die empirische Orientierung, wozu heute auch eine Mikrodatenbasis wie das SOEP gehört, und die Kenntnis, dass Wirtschaften immer mit Schwankungen verbunden ist, die sich keineswegs automatisch ausgleichen oder nur zufällige Schocks darstellen. Insofern bleibt der Auftrag, der mit seinem ursprünglichen Namen „Institut für Konjunkturforschung“ verbunden ist, aktuell.

### **Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände**

Das DIW ist eine wichtige Stimme im Konzert der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Ökonomische Trends zu erkennen und abzubilden, macht eine Stärke des DIW aus – ob im deutschen Maßstab oder weltweit. Zum Beispiel die Daten des Sozio-oekonomischen Panels sind außerordentlich hilfreich. Zum 90. Geburtstag und auch für die Zukunft wünsche ich alles Gute!



# Herzlichen Glückwunsch!

## **Pierre Moscovici, EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll**

On the occasion of its 90th birthday, I would like to warmly congratulate DIW Berlin. Based on its thorough work in applied economic research, today's DIW provides important contributions to the economic and policy debate in Germany and in Europe. In the face of today's economic challenges, evidence-based comparative assessments and balanced proposals of the kind it offers are needed more than ever. I am confident that the institute's work will continue to enrich economic policy discussions and shape the thinking in Germany and beyond. I wish it all the best for its future.

## **Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie**

Das DIW steht für wissenschaftliche Exzellenz im Dienst der Gesellschaft: „Jedermann dienstbar, niemandem untertan“. Dieser Maxime des ehemaligen DIW-Präsidenten Ferdinand Friedensburg getreu positioniert sich das DIW als wissenschaftlich unabhängige Einrichtung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Es ist damit das Gegenmodell zu einem Elfenbeinturm – und erste Adresse, wenn es um die Lösung zentraler wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Zukunftsfragen geht. Das DIW ist für mich ein wichtiger Ansprechpartner. Es hat als Hauptstadtinstitut einen natürlichen Standortvorteil. Im Interesse der Exzellenz, der Unabhängigkeit und der Wertfreiheit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Politikberatung setzte ich mich als Bundeswirtschaftsminister stets für einen intensiven Wettbewerb zwischen unabhängigen Instituten ein. Das DIW möge seiner Tradition verpflichtet bleiben und sein Streben nach wissenschaftlicher Erkenntnis in den Dienst der Menschen stellen. Und natürlich: Weiterhin kluge Köpfe, gute Ideen, Erfolg, Glück und alles Gute.

## **Lutz Hoffmann, Präsident des DIW Berlin von 1988 bis 1999**

Als Präsident des DIW konnte ich über zehn Jahre die Geschicke des DIW mitgestalten. In diese Zeit fiel mit der Wiedervereinigung das wichtigste Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften. Die Reaktion des DIW auf diese Herausforderung war eine erhebliche Intensivierung der Erstellung von Analysen zur Gestaltung des komplexen Anpassungsprozesses zwischen Ost und West. Parallel dazu lief mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) ein Langzeitprojekt von forschungspolitisch wichtiger Bedeutung, das durch die Erstellung, Erweiterung und Bereitstellung sozioökonomischer Mikrodatsätze der Forschung im und außerhalb des DIW ganz neue Perspektiven eröffnet. Dem DIW wünsche ich zu seinem 90. Geburtstag, dass es weiterhin kreative und wirtschaftspolitisch relevante Forschung betreibt und Standfestigkeit im wirtschaftspolitischen Dialog aufweist.

## **Peter-André Alt, Präsident der Freien Universität Berlin**

Die Freie Universität Berlin und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung pflegen seit langer Zeit eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Kooperation. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben beide Institutionen durch Forschung und Lehre eng miteinander verbunden. Bis vor wenigen Jahren war auch die direkte Nachbarschaft in Dahlem – die kurzen Wege im Berliner Südwesten – prägend für die bis heute andauernde hervorragende fachliche Vernetzung in Wissenschaft und Forschung. Hiermit möchte ich dem DIW persönlich und im Namen der Freien Universität Berlin die besten Glückwünsche zum 90-jährigen Bestehen übermitteln. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts wünsche ich für die Zukunft weiterhin viel Erfolg.